



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

*Aus Liebe zum Menschen.*

**ACCORD**

Austrian Centre for Country of Origin  
& Asylum Research and Documentation

# Anfragebeantwortung zu Syrien: Wehrdienstverweigerung und Desertion [a-11951]

8. September 2022



Bundesministerium  
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

ACCORD - Austrian Centre for Country of  
Origin and Asylum Research and Documentation

Anfragebeantwortung zu Syrien:  
Wehrdienstverweigerung und Desertion [a-11951]

8. September 2022

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Auskünften von Expert:innen, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Dieses Produkt stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf [www.ecoi.net](http://www.ecoi.net) verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD  
Wiedner Hauptstraße 32  
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582  
E-Mail: [accord@roteskreuz.at](mailto:accord@roteskreuz.at)  
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>



# Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1 Gesetzliche Regelungen.....	3
1.1 Wehrdienstverweigerung.....	3
1.2 Aktualität der Gesetzesnovelle 2017 (Art. 74 und 97 Militärdienstgesetz).....	4
1.3 Desertion.....	4
1.4 Amnestieregelungen.....	5
Generalamnestien vom März 2020 und Mai 2021.....	8
2 Faktische Verhängung von Strafen, Menschenrechtsverletzungen.....	8
3 Diskriminierung bei der Verhängung von Bestrafung.....	12
4 „Frontbewährung“.....	13
5 Unterstellung politisch oppositionell zu sein.....	13
6 Möglichkeiten, einer Strafe zu entgehen.....	14
7 Anzahl von Rückkehrern.....	15
Quellenverzeichnis.....	16
Anhang: Quellenbeschreibungen und Informationen aus ausgewählten Quellen.....	20

## Vorbemerkung

Kurzbeschreibungen zu den in dieser Anfragebeantwortung verwendeten Quellen sowie Ausschnitte mit Informationen aus diesen Quellen finden Sie im Anhang.

Bitte beachten Sie zur vorliegenden Fragestellung auch die Anfragebeantwortung der BFA-Staatendokumentation vom 27. Jänner 2022. Basierend auf Expertenauskünften von unter anderem Fabrice Balanche, Uğur Ümit Üngör und Kheder Khaddour wird darin intensiv auf das Thema der Wehrdienstverweigerung eingegangen. ACCORD war im Zuge der Recherche zur vorliegenden Anfragebeantwortung in Kontakt mit den drei genannten Experten, die mit Stand August bzw. September 2022 die Aktualität ihrer darin enthaltenen Aussagen zur Freistellungsgebühr (S. 3-5), zur Wahrnehmung durch die syrischen Behörden (S. 8-10), zum Thema Frontbewährung (S. 14; 17-18) und zu diskriminierenden Faktoren bei der Verhängung von Strafen (S. 20-21) bestätigten.

- BFA Staatendokumentation: Anfragebeantwortung der Staatendokumentation zu Syrien: Wehrdienst, 27. Jänner 2022  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2073908/SYRI\\_SM\\_Wehrdienst\\_2022\\_01\\_27\\_KE.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2073908/SYRI_SM_Wehrdienst_2022_01_27_KE.pdf)

## 1 Gesetzliche Regelungen

### 1.1 Wehrdienstverweigerung

Die Strafe für Wehrdienstverweigerung ist im Militärstrafgesetz (Gesetzesdekret 61 des Jahres 1950) geregelt. Gemäß Artikel 98 werden Wehrdienstverweigerer in Friedenszeiten mit einer Freiheitsstrafe von einem bis sechs Monaten bestraft. Artikel 99 legt fest, dass Wehrdienstverweigerung in Kriegszeiten folgendermaßen bestraft wird: (A) Freiheitsentzug von einem bis sechs Monaten, wenn der Einberufung nicht innerhalb von sieben Tagen Folge geleistet wird. (B) Wer innerhalb von sieben Tagen nach Nichtbefolgung der Einberufung verhaftet wird, ist mit Freiheitsentzug von vier Monaten bis zu zwei Jahren zu bestrafen. (C) Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, wenn der Wehrdienstverweigerer innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der unter Punkt (B) genannten sieben Tagen zurückkehrt. (D) Freiheitsentzug von einem bis drei Jahren, wenn die Verhaftung innerhalb der drei Monate, die auf die unter Punkt (B) genannten sieben Tage folgen, erfolgt. (E) Freiheitsentzug von drei bis fünf Jahren bei freiwilliger Rückkehr nach drei Monaten und vorübergehender Arrest<sup>1</sup> bei Verhaftung nach drei Monaten. Der Wehrdienst muss anschließend vollständig abgeleistet werden (Gesetzesdekret Nr. 61 des Jahres 1950: Militärstrafgesetz und Militärstraprozessordnung, 13. März 1950, Art. 98 - 99)

---

<sup>1</sup> Ein von ACCORD kontaktierter Syrienexperte erklärte in einer E-Mail-Auskunft, dass unter „vorübergehendem Arrest“ eine strafrechtliche Sanktion zu verstehen sei, bei der in der Regel eine Mindestdauer der Strafe gesetzlich festgelegt sei, während die Höchstdauer vom Gericht unter Berücksichtigung der Straftat, ihrer Umstände und der Gründe, die den Täter zur Begehung der Straftat veranlasst haben, festgelegt werde (Syrienexperte, 12. August 2022).

## 1.2 Aktualität der Gesetzesnovelle 2017 (Art. 74 und 97 Militärdienstgesetz)

Artikel 97 des Militärdienstgesetzes (Gesetz Nr. 30 des Jahres 2007; novelliert durch Gesetz Nr. 35 des Jahres 2017) wurde zuletzt durch Gesetz Nr. 39 des Jahres 2019, das mit 24. Dezember 2019 in Kraft trat, novelliert. Konkret betraf die Novellierung die Abschnitte d) und e) des Artikels (Gesetz Nr. 39 des Jahres 2019 zur Änderung des Militärdienstgesetzes, Artikel 1). Der novellierte Artikel 97 bezieht sich auf das Erfordernis, eine Freistellungsgebühr zu begleichen, Abschnitte d) und e) auf diejenigen Fälle, die der Zahlung nicht nachgekommen sind (Gesetz Nr. 39 des Jahres 2019 zur Änderung des Militärdienstgesetzes, Artikel 1).

Das Gesetz von 2019 erlaube laut einem Artikel des Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center die exekutive Beschlagnahmung von Vermögenswerten des Wehrdienstverweigerers ohne vorherige Ankündigung/Benachrichtigung der Person, wenn sie das 43. Lebensjahr erreicht hat, sowie die vorläufige Beschlagnahmung von Kapital, das sich im Besitz seiner Ehefrau oder seiner Ehefrauen und Kinder befindet, bis nachgewiesen werden könne, dass dieses nicht von der betreffenden Person stammt. Dies gelte in all jenen Fällen, in denen das Kapital der Person nicht ausreiche, um die festgelegte Freistellungsgebühr zu decken. Durch die Novellierung habe sich die Art der Beschlagnahmung der eigenen Vermögenswerte der betroffenen Person von einer „vorläufigen Beschlagnahmung“ zu einer „exekutiven Beschlagnahmung“ geändert (Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center, 20. Februar 2020). Zur Änderung von einer „vorläufigen Beschlagnahmung“ zu einer „exekutiven Beschlagnahmung“ erläuterte HRW im Februar 2021, dass Artikel 97 bisher vorgesehen habe, dass die Beschlagnahmung von Vermögenswerten für diejenigen, die die Freistellungsgebühr nicht bezahlt hätten, bis zu einem Gerichtsurteil unter Vorbehalt erfolge. Die Änderung ermächtige das Finanzministerium nun jedoch, das Eigentum einer Person sofort zu beschlagnahmen und zu verkaufen, ohne die Person zu benachrichtigen oder ihr die Möglichkeit zu geben, die Entscheidung anzufechten (HRW, 9. Februar 2021).

Artikel 74 des Militärdienstgesetzes (Gesetz Nr. 30 des Jahres 2007) wurde laut der auf der Webseite des syrischen Parlaments (Al-jumhuriya al-'arabiya as-suriya - Majlis ash-Sha'ab) verfügbaren Gesetzesdatenbank zuletzt im November 2017 novelliert (Gesetz Nr. 35 des Jahres 2017 zur Änderung des Militärdienstgesetzes, Artikel 1).

Weitere Ausführungen zur Novellierung von Artikel 97 des Militärdienstgesetzes und den dadurch entstehenden Konsequenzen für Familienangehörige finden sich in den Abschnitten 4.1.1 und 4.1.2 eines im April 2021 veröffentlichten Berichts der Europäischen Asylagentur (EUAA, vormals EASO) zum Militärdienst in Syrien sowie in einem Artikel des Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center vom Februar 2020:

- EUAA – European Union Agency for Asylum: Syria: Military Service, April 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2048969/2021\\_04\\_EASO\\_COI\\_Report\\_Military\\_Service.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2048969/2021_04_EASO_COI_Report_Military_Service.pdf)
- Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center: Drain Society, Feed the Military, 20. Februar 2020  
<https://carnegie-mec.org/diwan/81107>

## 1.3 Desertion

Die Strafe für Desertion ist in den Artikeln 100 und 101 des Militärstrafgesetzes (Gesetzesdekret 61 des Jahres 1950) festgelegt. Als vom Wehrdienst innerhalb des Landes „flüchtig“ gilt in

Friedenszeiten jeder Soldat oder Militärangehörige, der seit sechs Tagen ohne Erlaubnis von seiner Gruppe oder Kompanie abwesend ist, sowie jeder Soldat, der nach Ablauf seines Urlaubs nicht innerhalb von fünfzehn Tagen zurückgekehrt ist. Ein Soldat, der noch keine drei Monate im Dienst ist, gilt erst nach einer Abwesenheit für die Dauer eines ganzen Monats als „flüchtig“. Ein Soldat oder Militärangehöriger, der in Friedenszeiten innerhalb des Landes desertiert ist, wird mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu fünf Jahren bestraft. Wenn der Flüchtige ein Berufsoffizier oder Unteroffizier ist, kann er zusätzlich aus dem Dienst entlassen werden. In den folgenden Fällen darf die Freiheitsstrafe eine Dauer von zwei Jahren nicht unterschreiten: (A) Wenn der Deserteur eine Waffe, Ausrüstung, ein Tier, Kleidung oder andere Gegenstände aus dem Armeebesitz mitnimmt. (B) Wenn er während der Dienstausbübung oder vor Rebellen flüchtet. (C) Wenn es sich nicht um seine erste Fahnenflucht handelt. In Kriegszeiten werden die festgelegten Fristen auf ein Drittel verkürzt, während sich das Strafausmaß verdoppeln kann (Gesetzesdekret Nr. 61 des Jahres 1950: Militärstrafgesetz und Militärstrafprozessordnung, 13. März 1950, Art. 100).

Artikel 101 legt fest, dass in Friedenszeiten jeder Soldat oder Militärangehörige nach drei Tagen als ins Ausland desertiert gilt, der ohne Erlaubnis die syrische Grenze überquert, seine Gruppe verlässt und ausländisches Staatsgebiet erreicht. In Kriegszeiten verkürzt sich die Frist von drei Tagen auf einen Tag. Der ins Ausland Geflohene wird mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren belegt. Die Freiheitsstrafe wird unter in Artikel 100 genannten Umständen (A-C) sowie in Fällen, in denen der Deserteur in Kriegszeiten, aus Kriegsgebieten oder aus Regionen, in denen das Kriegsrecht verhängt wurde, geflohen ist, auf 15 Jahre angehoben (Gesetzesdekret Nr. 61 des Jahres 1950: Militärstrafgesetz und Militärstrafprozessordnung, 13. März 1950, Art. 101).

Artikel 102 und 103 des Militärstrafgesetzes legen das Strafausmaß für die Verbrechen des Überlaufens zum Feind bzw. der gemeinsamen Desertion mehrerer Soldaten fest (Gesetzesdekret Nr. 61 des Jahres 1950: Militärstrafgesetz und Militärstrafprozessordnung, 13. März 1950, Art. 102-103).

## 1.4 Amnestieregelungen

Die jüngste (Stand: 1. August 2022) Generalamnestie für Fahnenflucht innerhalb des Landes oder ins Ausland trat mit 25. Jänner 2022 in Kraft. Artikel 1 des Gesetzesdekrets Nr. 3 des Jahres 2022 gewährte eine Generalamnestie für Desertionsverbrechen, die von Artikel 100 und Artikel 101 des Militärstrafgesetzes (Gesetzesdekret Nr. 61 des Jahres 1950) abgedeckt werden und die vor dem 25. Jänner 2022 begangen wurden. Die Amnestie galt jedoch nicht für nach wie vor flüchtige Personen, es sei denn, diese stellten sich innerhalb von drei Monaten bei Binnenflucht und innerhalb von vier Monaten bei Flucht ins Ausland (Gesetzesdekret Nr. 3 des Jahres 2022, Art. 1). Obwohl Artikel 98 und 99 des Militärstrafgesetzes in der Amnestie vom 25. Jänner 2022 keine Erwähnung finden (Gesetzesdekret Nr. 3 des Jahres 2022, Art. 1), berichtet das Center for Operational Analysis and Research (COAR) Ende Jänner 2022, dass die syrische Regierung am 25. Jänner eine Begnadigung für Wehrdienstverweigerer („draft evadors“) angekündigt habe (COAR, 31. Jänner 2022).

Ein von ACCORD kontaktierter Syrienexperte führte in einem Gespräch vom 11. August 2022 an, dass Generalamnestien vom Präsidenten erlassen und daher auch systematisch umgesetzt würden. Diese Generalamnestien würden auch für Wehrdienstverweigerer, die Syrien verlassen haben, gelten, sofern sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückkehren und ihren Wehrdienst ableisten würden. Die Amnestien würden jedoch keine Garantien darstellen:

Selbst wenn jemand eine Sicherheitsfreigabe/Statusregelung („security clearance/status settlement“) für seine Wehrdienstverweigerung erhalten habe, könne er nach seiner Rückkehr von den Sicherheitskräften aufgrund diverser anderer Vergehen (z. B. illegales Verlassen des Landes, Aktivitäten im Ausland) verhaftet und verhört werden. Neben der allgemeinen Amnestie gebe es von Zeit zu Zeit auch Begnadigungen auf lokaler Ebene, die auch Wehrdienstverweigerer betreffen können, so der Syrienexperte (Syrienexperte, 11. August 2022).

Auch Muhsen Al-Mustafa, Forscher am Omran Center for Strategic Studies und „non-resident Fellow“ am Tahrir Institute for Middle East Policy (TIMEP), gab in einer E-Mail-Auskunft vom 8. August 2022 an, dass die Amnestieregelungen, was Deserteure und Wehrdienstverweigerer in den Gebieten der syrischen Regierung betreffe, in den letzten zwei bis drei Jahren in relativ großem Umfang umgesetzt worden seien. Dies sei zu Beginn der Revolution 2011 nicht der Fall gewesen und ihre Umsetzung sei sicherlich von Diskriminierung auf Basis konfessioneller Aspekte geprägt gewesen. Al-Mustafa betonte in seiner E-Mail mit Nachdruck, dass die Amnestieerlässe nicht für diejenigen gelten würden, die in den ersten Jahren des Konflikts aus der Armee geflohen/übergelaufen („who defected from the army“) seien. Diese Personen würden vom syrischen Staat als Verräter betrachtet. Selbst wenn sie in Amnestieerlässe aufgenommen würden, würde dies nicht bedeuten, dass ihnen die syrische Regierung verzeihe. Vielmehr sei davon auszugehen, dass andere Anschuldigungen gegen sie erfunden und sie auf dieser Grundlage strafrechtlich verfolgt werden würden (Al-Mustafa, 8. August 2022).

Laut einer Auskunft des in der Türkei ansässigen Think Tanks Jusoor for Studies vom September 2022 würde die syrische Regierung immer wieder Amnestiedekrete erlassen, um Wehrdienstverweigerer und Deserteure zu begnadigen, weil es den Streitkräften an Rekruten mangle. Da die Amnestien auf wenig Resonanz stoßen würden, würde die Regierung Wehrdienstverweigerer und Deserteure, die festgenommen worden seien oder sich selbst stellen würden, nicht inhaftieren (diese würden lediglich ein oder zwei Tage lang von der Militärpolizei festgehalten). Danach würden sie direkt zu den aktiven Militäreinheiten geschickt. Wehrdienstverweigerer und Deserteure würden, Jusoor for Studies folgend, nicht als Straftäter betrachtet, die von den Justizbehörden verurteilt und bestraft werden müssten (Jusoor for Studies, 6. September 2022).

Laut dem Vorsitzenden des Ausschusses für nationale Sicherheit in der syrischen Volksversammlung ermutige der Erlass diejenigen, die vor dem Wehrdienst geflohen seien, zur Rückkehr und zum Dienst in den Streitkräften (The Syrian Observer, 27. Jänner 2022). Demgegenüber hieß es in einem Artikel der regierungskritischen syrischen Medienorganisation Enab Baladi, dass Armeeangehörige, die aus dem Wehrdienst desertiert und von der Generalamnestie betroffen seien, fürchten würden, dass es sich dabei um eine Falle („trap“) handle (Enab Baladi, 18. Februar 2022). Auch ein vom Syrian Observer Ende Jänner 2022 zitierter Rechtsanwalt habe vor der „Falle“ der Amnestie gewarnt und habe Militärangehörigen und regierungskritischen Offizieren geraten, nicht auf die Verlockungen und Zusicherungen der syrischen Regierung einzugehen und sich nicht im Glauben an die durch die Amnestie verkündete Sicherheit zu stellen. Der Anwalt habe weiters darauf hingewiesen, dass sich der Straftatbestand der Desertion im syrischen Militärrecht nicht auf die Artikel 100 und 101 beschränke, und dass es weitere Arten der Desertion gebe, wie die „Flucht zum Feind oder Flucht vor dem Feind“ (Artikel 102 des Militärstrafgesetzes) oder die „Flucht durch Verschwörung und Flucht in Kriegszeiten“ (Artikel 103 des Militärstrafgesetzes). Flucht zum



Feind werde, so der Anwalt, mit dem Tod bestraft, Flucht vor dem Feind mit lebenslanger Haft (The Syrian Observer, 27. Jänner 2022).

Die Syrian Association for Citizens' Dignity (SACD) bezeichnete die Amnestien der syrischen Regierung in einem Artikel vom Jänner 2022 als „PR-Trick“ („public relations stunt“) und als gefährlichen Versuch, vertriebene Syrer·innen, insbesondere junge Männer, in ein unsicheres Syrien zurückzulocken, wo ihnen Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftungen, Folter und Tod drohen würden. SACD, SNHR, Amnesty International und Human Rights Watch hätten mehrfach dokumentiert, dass jeder Syrien-Rückkehrer Gefahr laufe, gefangengenommen zu werden (SACD, 28. Jänner 2022).

Die Amnestien, die sich zwischen 2012 und 2021 vor allem auf Deserteure und Wehdienstverweigerer fokussiert hatten, hätten darauf abgezielt, so viele Männer wie möglich für die geschwächten Streitkräfte zu rekrutieren bzw. erneut zu rekrutieren. Laut Pieter Both, einem zu Syrien forschenden Wissenschaftler am European University Institute (EUI), solle die oberflächliche Beseitigung von Hindernissen („superficial removal of barriers“) für die Rückkehr von Armee-Deserteuren und jungen Männern, die aus Syrien geflohen seien, um der Wehrpflicht zu entgehen, signalisieren, dass Syrien eine Rückkehr dieser Personen begrüßen würde (EUI, Oktober 2021, S. 4).

Von den Personen, die für eine Amnestie in Frage gekommen seien, hätten in den letzten Jahren de facto nur sehr wenige tatsächlich von der Amnestie profitiert (SACD, August 2021, S. 30). Laut einer Befragung von 533 in von der syrischen Regierung kontrollierten Gebieten lebenden Syrer·innen, die von SACD im August 2021 veröffentlicht wurde, hätten 79 Prozent der Studienteilnehmer·innen, die theoretisch unter die erlassenen Amnestien gefallen wären, angegeben, nicht direkt von den Amnestien profitiert zu haben und dass in ihren Gemeinden auch keine Personen aufgrund der Amnestiegesetze freigelassen worden seien. Nur 12 Prozent der Befragten hätten einen tatsächlichen Nutzen der Amnestie gesehen. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (64 Prozent) dieser Umfrage habe bestätigt, dass Amnestieerlässe nicht nützlich seien und nicht in guter Absicht erfolgen, sondern als Propagandamittel dienen würden (SACD, August 2021, S. 27, 30).

Für Betroffene gebe es wenig Grund, darauf zu vertrauen, dass die Amnestie, deren Umsetzung in den Händen der für die Hafteinrichtungen zuständigen Sicherheitsbehörden und der Justiz liege, konsequent umgesetzt werde. Die Freilassung jedes Gefangenen bedürfe der Zustimmung des Leiters der betreffenden Behörde (EUI, Oktober 2021, S. 6). In Zusammenhang damit komme es im Kontext von Amnestien verstärkt zu Gelderpressungsversuchen (SACD, August 2021, S. 27; SNHR, 15. Juli 2021, S. 6-7). Beamte würden beispielsweise Bestechungsgelder als Gegenleistung dafür verlangen, dass ein Familienmitglied in die Amnestieregelungen aufgenommen werde, und würden dabei das Fehlen von Exekutivvorschriften und die Macht der Sicherheitsdienste innerhalb der Justiz- und Legislativbehörden ausnutzen (SACD, August 2021, S. 27). Obwohl kaum noch Personen tatsächlich an die Amnestien glauben würden, würden Familien immer noch aus Verzweiflung, Geld bezahlen, um ihre Angehörigen auf die Liste für eine Amnestie zu setzen (EUI, Oktober 2021, S. 6). Im Zuge der Generalamnestie vom Mai 2021 (Gesetzesdekret 13 des Jahres 2021) habe das Syrian Network for Human Rights (SNHR) mindestens 92 Fälle von Erpressung von Familien von Gefangenen und von Opfern von Verschwindenlassens dokumentiert. Die SNHR gehe allerdings davon aus, dass die tatsächliche Anzahl der Erpressungen zehnmal so hoch sei. (SNHR, 15. Juli 2021, S. 6-7).

## *Generalamnestien vom März 2020 und Mai 2021*

Das am 22. März in Kraft getretene Gesetzesdekret Nr. 6 des Jahres 2020 gewährte eine Generalamnestie für bestimmte Verbrechen, die vor dem 22. März 2020 begangen wurden. Laut Artikel 12 des Gesetzesdekrets fallen auch die in Artikel 100, 101 und Paragraph 4 des Artikels 103 des Militärstrafgesetzes von 1950 festgelegten Desertionsverbrechen unter die Amnestie. Das Amnestiedekret hebt das gesamte Strafausmaß für diese Verbrechen auf, gelte allerdings nicht für nach wie vor fahnenflüchtige Personen, es sei denn, diese stellten sich innerhalb von drei Monaten bei Binnenflucht und innerhalb von sechs Monaten bei Flucht ins Ausland (Gesetzesdekret Nr. 6 des Jahres 2020, Art. 12). Artikel 13 des Gesetzesdekrets Nr. 6 von 2020 führt konkret Ausnahmen der Generalamnestie an; Artikel 98 und 99 des Militärstrafgesetzes von 1950, unter die die Verbrechen der Wehrdienstverweigerung fallen, finden im Amnestiedekret vom März 2020 keine Erwähnung (Gesetzesdekret Nr. 6 des Jahres 2020).

Die durch Gesetzdekret Nr. 13 des Jahres 2021 im Mai verkündete Generalamnestie enthält dieselben Bestimmungen, wie die Amnestie durch Gesetzesdekret Nr. 6 des Jahres 2020. Artikel 11 legt fest, dass durch die Artikel 100, 101 und Paragraph 4 des Artikels 103 des Militärstrafgesetzes von 1950 abgedeckten Desertionsverbrechen unter die Amnestie fallen. Artikel 98 und 99 des Militärstrafgesetzes von 1950 finden wiederum keine Erwähnung (Gesetzesdekret Nr. 13 des Jahres 2021, zitiert nach Himsnewspaper, 2. Mai 2021).

Obwohl die Generalamnestie vom März 2020, die im Kontext des Beginns der COVID-19-Pandemie erfolgt sei, eine Vielzahl unterschiedlicher Verbrechen abgedeckt habe (SACD, August 2021, S. 27), habe SNHR zwischen 22. März und 15. Mai 2020 nur 96 Freilassungen im Rahmen der Amnestie dokumentiert (SNHR, 15. Mai 2020, S. 5). Die Generalamnestie vom Mai 2021 sei im Vorfeld der Präsidentschaftswahl erfolgt (SACD, August 2021, S. 27; Reuters, 11. Mai 2021) und habe zur Freilassung von mehr als 400 Beamt·innen, Richter·innen, Rechtsanwält·innen und Journalist·innen geführt (Reuters, 11. Mai 2021). Gegenüber der Nachrichtenorganisation Syria Direct habe ein ehemaliger syrischer Richter, der sich von der Regierung abgewandt habe, angeführt, dass die Wirksamkeit des Amnestieerlasses vom Mai 2021 begrenzt sei, da der Erlass von der syrischen Regierung selektiv angewendet werden könne (Syria Direct, 10. Mai 2021).

## **2 Faktische Verhängung von Strafen, Menschenrechtsverletzungen**

Im Jänner 2018 hielt Landinfo unter Bezugnahme auf Quellen aus dem Jahr 2016 und 2017 in einem Bericht fest, dass die im Gesetz vorgesehen Strafen für Wehrdienstentziehung nicht systematisch umgesetzt würden (Landinfo, 3. Jänner 2018, S. 8). Der von ACCORD kontaktierte Syrienexperte führte im Gespräch vom 11. August 2022 an, dass die im Gesetz vorgesehenen Strafen für Wehrdienstverweigerung und Desertion im Allgemeinen vollstreckt würden (Syrienexperte, 11. August 2022). Auch Muhsen Al-Mustafa gab in seiner E-Mail-Auskunft vom 8. August 2022 an, dass die im Gesetz vorgesehenen Haftstrafen bei Wehrdienstverweigerung und Desertion in von der syrischen Regierung kontrollierten Gebieten so umfassend wie möglich („to the maximum extent possible“) implementiert würden (Al-Mustafa, 8. August 2022). Der Syrienexperte erklärte weiter, dass die syrische Regierung bestrafen würde, wann immer es die Möglichkeit dazu habe. Sei dies nicht der Fall, werde die Bevölkerung überredet, Versöhnungsmaßnahmen („reconciliation“) zu nutzen, die jedoch keine individuelle Sicherheit garantieren würden. Selbst wenn Personen nicht wegen Wehrdienstverweigerung verhaftet, sondern sofort eingezogen würden, könne ihnen eine Bestrafung drohen. Es gebe mehrere

Berichte über Fälle, in denen gefasste Wehrdienstverweigerer entweder von der Militärpolizei oder in ihren Militäreinheiten kurzzeitig inhaftiert worden seien. (Syrienexperte, 11. August 2022).

Die tatsächliche Verhängung und Dauer der Strafe für Wehrdienstverweigerung hänge laut dem von ACCORD kontaktierten Syrienexperten von verschiedenen Faktoren ab. Zum einen gebe es räumliche Unterschiede („spatial variation“): Die Behandlung oder Bestrafung von Wehrdienstverweigerern sei davon abhängig, woher eine Person komme und in welcher Region sie festgenommen werde. In Gebieten, in denen die syrische Regierung eine schwache Kontrolle ausübe, sei es weniger wahrscheinlich, dass die Regierung einen Wehrdienstverweigerer festnehme. Dies liege vor allem daran, dass ein solcher Akt gewaltsame kollektive Aktionen seiner Gemeinschaft auslösen würde. Es gebe viele dokumentierte Fälle, in denen Kontrollpunkte der syrischen Regierung, an denen Wehrdienstverweigerer festgenommen wurden, von unbekanntem Bewaffneten angegriffen worden seien. Andererseits würden die syrischen Sicherheitsapparate sehr unkoordiniert operieren. Aus mehreren dokumentierten Fällen gehe hervor, dass die Verhaftung eines Wehrdienstverweigerers oder die Annahme eines Bestechungsgeldes weitgehend von dem Beamten abhängt, der den jeweiligen Kontrollpunkt kontrolliert, und von seiner Stimmung. Der Experte führte Fälle an, in denen Wehrdienstverweigerer inhaftiert worden seien und noch nach Monaten inhaftiert seien, Fälle, in denen Wehrdienstverweigerer nur kurz inhaftiert und dann eingezogen worden seien, und Fälle, in denen Wehrdienstverweigerer sofort eingezogen worden seien. Um zu verdeutlichen, wie stark die Behandlung von Wehrdienstverweigerung von individuellen Faktoren abhängt, führte der Experte das fiktive Beispiel von drei Wehrdienstverweigerern an, die gemeinsam an einem Kontrollpunkt angehalten werden, aber aus verschiedenen Regionen Syriens stammen. Wenn beispielsweise einer von ihnen aus Damaskus, einer aus Latakia und einer aus dem Süden des Landes käme, sei laut dem Experten, davon auszugehen, dass sie unterschiedlich behandelt würden (Syrienexperte, 11. August 2022).

Laut der Auskunft des Think Tanks Jusoor for Studies werde den Deserteuren und Wehrdienstverweigerern eine gewisse Zeit eingeräumt, bevor sie ohne Bestrafung sofort zu den Militäreinheiten geschickt würden, da die syrische Regierung dringend auf Personal angewiesen sei. Diese Personen würden allerdings eher als andere in sehr gefährliche Kampfsituation eingebunden oder müssten den Offizieren und Beamten der Regierung Geld zahlen, um nicht in derartige Situationen verwickelt zu werden. Am Ende der E-Mail-Auskunft konstatiert Jusoor for Studies, dass der Eintritt in den Pflicht- oder Reservedienst innerhalb der syrischen Armee nach wie vor eine unmittelbare Bedrohung für das Leben darstelle und mit einer enormen Belastung („hardship“) oder mit kontinuierlicher finanzieller Erpressung durch Armeeeoffiziere und Sicherheitskräfte verbunden sei. Dies gelte sowohl für diejenigen, die unverzüglich zum Militärdienst einrücken würden, für Wehrdienstverweigerer, die doch einrücken oder gefasst worden seien, als auch für Deserteure, die durch Amnestien begnadigt worden seien. Es sei jedoch sehr wahrscheinlich, dass Deserteure und Wehrdienstverweigerer in Hochrisikogebieten eingesetzt würden. Darüber hinaus sei es sehr wahrscheinlich, dass Deserteure und Wehrdienstverweigerer erpresst würden, insbesondere wenn sie außerhalb Syriens gelebt hätten und vor kurzem in das Land zurückgekehrt seien (Jusoor for Studies, 6. September 2022).

Bezogen auf die Frage, inwiefern Wehrdienstverweigerern und Deserteuren allein auf Grund dieses Straftatbestands bestraft werden würde, erklärte Muhsen Al-Mustafa am 8. August 2021, dass jeder Fall individuell betrachtet werden müsse. Jeder Fall könne nur auf der Grundlage dieses Straftatbestands behandelt werden oder aber auch auf andere Straftaten ausgedehnt werden, diese hänge von den jeweiligen Umständen ab (Al-Mustafa, 8. August 2022). Der von ACCORD kontaktierte Syrienexperte betonte zudem, dass die Straftatbestände der Wehrdienstverweigerung, der Desertion und des Überlaufens („defection“) hinsichtlich ihrer Wahrnehmung und Bestrafung klar voneinander abgegrenzt werden müssten. Mit Deserteuren werde grundsätzlich härter verfahren als mit Wehrdienstverweigerern, doch auch hier komme es darauf an, wo diese ihren Wehrdienst abgeleistet und welche Umstände und Folgen ihre Desertion gehabt hätte: Desertion aus ruhigen Gebieten werde anders gehandhabt als Desertion während einer Kampfhandlung oder von der Front (Syrienexperte, 11. August 2022). Zusammenfassend lasse sich laut dem Syrienexperten sagen, dass ein Wehrdienstverweigerer oder Deserteur, der über finanzielle Mittel oder Beziehungen zu Regierungsvertretern verfüge, die ihm auferlegte Strafe wahrscheinlich überlebe oder seine Strafe unter besseren Bedingungen verbüßen könne (z.B. in einem zivilen Gefängnis, ohne Folter, mit besserem Essen, besserer Behandlung usw.) (Syrienexperte, 11. August 2022).

Im Mai 2022 führte das niederländische Außenministerium an, dass obwohl die Wehrdienstverweigerung mit einer Haftstrafe geahndet werden könne, eine vertrauliche Quelle angegeben habe, dass sie nicht davon gehört habe, dass dies offiziell (im Rahmen einer Verurteilung) erfolge (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, Mai 2022, S. 85). Das dänische Immigration Service (DIS) veröffentlichte ebenfalls im Mai 2022 einen Länderinformationsbericht zur Rückkehr nach Syrien. Unter Bezugnahme auf zwischen Mai 2020 und Oktober 2021 veröffentlichte DIS-Berichte zu Wehrdienst, Sicherheitsüberprüfung und Rückkehr nach Syrien und darin zitierte Auskunftspersonen wird angeführt, dass trotz der im Gesetz vorgesehenen Strafen, Wehrdienstverweigerer nicht bestraft würden, wenn sie eine Statusregelung („status settlement“) erwirkt hätten. Dennoch müssten sie Wehrdienst leisten, wenn sie keine Freistellungsgebühr bezahlt hätten. Während manche Auskunftspersonen [vom DIS im August bzw. Oktober 2020 befragt, Anm. ACCORD] davon ausgehen würden, dass diese Personen bei einer Rückkehr nach Syrien mit keinen Problemen aufgrund der Wehrdienstentziehung konfrontiert seien, habe eine andere Auskunftsperson [vom DIS im August 2020 befragt, Anm. ACCORD] darauf hingewiesen, dass auch jene, die eine Statusregelung der Wehrdienstverweigerung erwirkt hätten, bei ihrer Rückkehr vorübergehend festgenommen und einige von ihnen gefoltert werden könnten. Nach Angaben einer vom DIS im April 2022 befragten syrischen Menschenrechtsorganisation würden Wehrdienstverweigerer und Deserteure nach einer kurzen Haft (einige Tage oder Wochen) zum Wehrdienst geschickt, sofern sie nicht an oppositionellen Aktivitäten beteiligt gewesen seien. Es gebe keine Berichte darüber, dass diejenigen, die die Freistellungsgebühr bezahlt hätten, bei ihrer Rückkehr Probleme gehabt hätten. Die Quelle habe hinzugefügt, dass die Familienangehörigen von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren mittlerweile nicht mehr mit Probleme mit den Behörden konfrontiert seien, während solche Familien früher von den Behörden schikaniert worden seien. Mittlerweile würden die Behörden diese Familien vielleicht ein- oder zweimal kontaktieren und sich nach dem Familienmitglied, das sich dem Wehrdienst entzogen hat oder desertiert ist, und nach seinem Aufenthaltsort erkundigen, aber mehr

passiere nicht. Man müsse der Quelle zufolge dabei auch bedenken, dass es zu viele Wehrdienstverweigerer und Deserteure gebe, als dass die Behörden Zeit und Ressourcen für solche Fälle aufwenden könnten (DIS, Mai 2022, S. 11).

Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International (AI) und Human Rights Watch (HRW) berichten im September bzw. im Oktober 2021 über die Situation von Personen, die zwischen 2017 und 2021 nach Syrien zurückgekehrt sind. Darin finden sich auch Schilderungen zu Fällen, in denen Männer bei ihrer Rückkehr im Zusammenhang mit Desertion und Wehrdienstentzug gefangen genommen worden und teilweise Folter durch die Behörden ausgesetzt gewesen seien (AI, September 2021, S. 19-20, 36; HRW, 20. Oktober 2021, S. 34-36).

Nach den von Amnesty International gesammelten Informationen sei die Wehrpflicht ein Grund für Verhaftungen. Vier Rückkehrer hätten angegeben, dass nachdem der Geheimdienst sie wieder freigelassen habe, sie von den Behörden aufgefordert worden seien, ihren Wehrdienst abzuleisten. Zwei von ihnen seien nach ihrer Freilassung gezwungen worden, der Armee beizutreten, und einer von ihnen sei desertiert und in den Libanon geflohen (AI, September 2021, S. 36). Zwölf der von AI Befragten hätten angegeben, dass Sicherheitsbeamte ihre Entscheidung, aus dem Land zu fliehen, ausdrücklich kritisiert und/oder ihre Beweggründe für die Rückkehr in Frage gestellt und sie anschließend sexuell missbraucht, willkürlich festgehalten und/oder Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt hätten. Laut den Erzählungen der Befragten hätten Beamte den Rückkehrern vorgeworfen, dass sie ins Ausland gegangen seien, anstatt in den von der Regierung kontrollierten Gebieten Zuflucht zu suchen und an der Seite der syrischen Armee zu kämpfen. In diesem Kontext berichtet AI, dass beispielsweise eine 2017 mit ihren drei Töchtern und ihrem Sohn aus der Türkei nach Syrien zurückgekehrte Frau Anschuldigungen durch die Beamten am Grenzübergang ausgesetzt gewesen sei. Die Beamten hätten Sie gefragt, warum ihr Sohn nicht beim Kampf gegen die Terroristen geholfen habe. Aya sei anschließend vergewaltigt und ihr Sohn, von dem seither jede Spur fehle, verhaftet worden. (AI, September 2021, S. 19).

HRW geht in ihrem Bericht vom Oktober 2021 auf die Schilderungen einer 25-jährigen Rückkehrerin aus Damaskus ein, deren Ehemann in Folge ihrer gemeinsamen Rückkehr aus dem Libanon vom Militärgeschwader festgenommen worden sei, weil er 2015 von der syrischen Armee desertiert sei. Er sei neun Monate lang in Al-Balona in Homs inhaftiert gewesen und sei entlassen worden, als er zugestimmt habe, wieder in die Armee einzutreten. Laut den Angaben seiner Frau sei er im Gefängnis geschlagen worden. Während seiner erneuten Zeit im Militär habe er kaum Urlaub bekommen und sei dort auch Folter ausgesetzt gewesen (HRW, 20. Oktober 2021, S. 34). Außerdem führt HRW den Fall eines 31-jährigen Rückkehrers aus Busra al-Harir in Daraa an, der auf dem Weg von Daraa nach Damaskus war, um die formalisierte Befreiung vom Wehrdienst zu erhalten, da ihm nach einem Luftangriff ein Bein amputiert worden sei. Bei einem der zu passierenden Checkpoints sei es zu Schikanen durch die Beamten gekommen und er habe 5.000 syrische Pfund zahlen müssen, um weiterreisen zu können. Bei einem weiteren Checkpoint sei ihm der Ausweis abgenommen worden und ihm mitgeteilt worden, dass er Wehrdienst leisten müsse. Klärungsversuche seien gescheitert und es sei zu Misshandlungen seitens der Beamten gekommen. Anschließend sei der 31-Jährige verhaftet worden. Nach zweieinhalb Monaten Haft und Folter sei er schließlich freigelassen worden (HRW, 20. Oktober 2021, S. 35-36).

In seinem Bericht für den Zeitraum zwischen Mitte Juli 2018 und Mitte Januar 2019 kam die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zum Schluss, dass Deserteure („conscript deserters“) zu den Gruppen gehören würden, die am ehesten von willkürlicher Verhaftung betroffen seien (HRC, 31. Jänner 2019, S. 15). Allgemein zu Folter und Misshandlung in syrischen Haftanstalten schreibt die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die Arabische Republik Syrien im März 2021, dass keine der Kriegsparteien in Syrien die Rechte von inhaftierten Personen im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen achte. Willkürliche Inhaftierung, Folter und Misshandlung, auch durch sexuelle Gewalt, unfreiwilliges oder erzwungenes Verschwindenlassen und Hinrichtungen im Schnellverfahren seien kennzeichnend für den Konflikt. Insbesondere von der syrischen Regierung seien derartige Misshandlungen mit einer solchen Konsequenz begangen, und von der Untersuchungskommission und anderen so umfassend dokumentiert worden, dass nicht behauptet werden könne, sie seien ohne Wissen der entsprechenden Befehlsketten erfolgt (HRC, 11. März 2021, S. 2).

Nähere Informationen zur Situation von Rückkehrer:innen finden sich in den folgenden Berichten:

- DIS – Danish Immigration Service: Syria; Treatment upon return, Mai 2022  
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2072754/notat-syria-treatment-upon-return-may-2022.pdf>
- DIS – Danish Immigration Service: Syria: Issues regarding return, Oktober 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2063238/coi\\_report\\_issues\\_on\\_return\\_to\\_syria\\_october\\_2021.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2063238/coi_report_issues_on_return_to_syria_october_2021.pdf)
- AI – Amnesty International: “You’re going to your death”; Violations against Syrian refugees returning to Syria [MDE 24/4583/2021], September 2021  
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2059754/MDE2445832021ENGLISH.pdf>
- HRW – Human Rights Watch: “Our Lives Are Like Death”; Syrian Refugee Returns from Lebanon and Jordan, 20. Oktober 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2062564/syria1021\\_web.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2062564/syria1021_web.pdf)

### **3 Diskriminierung bei der Verhängung von Bestrafung**

Der von ACCORD kontaktierte Syrienexperte führte an, dass davon auszugehen sei, dass Angehörigen bestimmter Minderheiten im Zusammenhang mit Wehrdienstverweigerung oder Desertion potentiell härtere Bestrafung drohe (Syrienexperte, 11. August 2022). Muhsen Al-Mustafa ergänzte diesbezüglich, dass dies vor allem dann der Fall sein könne, wenn die Wehrdienstverweigerer oder Deserteure keine (informellen) Beziehungen zu Armeeeoffizieren hätten – was in vielerlei Hinsicht auf diejenigen zutrefte, die der sunnitischen Glaubensrichtung angehören, im Gegensatz zu denjenigen, die der alawitischen Glaubensrichtung angehören (Al-Mustafa, 8. August 2022).

Laut der Auskunft des Think Tanks Jusoor for Studies vom September 2022 würden Deserteure und Wehrdienstverweigerer, die sich aufgrund bestimmter Gefahren, Befürchtungen oder Notlagen entzogen hätten oder desertiert seien und die sich selbst stellen würden, in der Regel gefasst und verhaftet oder zum Militärdienst geschickt, ohne dass sie bestraft würden. Dies geschehe unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit. Wenn die Desertion oder

Wehrdienstverweigerung jedoch aus politischen Gründen erfolgt sei, würden die Deserteure und Wehrdienstverweigerer, da sie der Regierung gegenüber negativ eingestellt sind, in der Regel an Orte geschickt, an denen ihnen oft der Tod drohe (Jusoor for Studies, 6. September 2022).

#### 4 „Frontbewährung“

Sowohl der von ACCORD kontaktierte Syrienexperte als auch Muhsen Al-Mustafa wiesen darauf hin, dass die Praxis der Frontbewährung bei Wehrdienstverweigerern und Deserteuren nicht generell bzw. systematisch eingesetzt würde (Al-Mustafa, 8. August 2022; Syrienexperte, 11. August 2022). Al-Mustafa führte an, dass Wehrdienstverweigerer und Deserteur in militärische Krisengebiete entsandt werden könnten, dass dies aber davon abhängig sei, zu welcher militärischen Einheit die Person gehören würde (Al-Mustafa, 8. August 2022). Der kontaktierte Syrienexperte erklärte, dass die gemeldeten Fälle von Entsendungen von Wehrdienstverweigerern oder Deserteuren in militärische Krisengebiete (egal ob als eine Form der Bestrafung oder basierend auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten militärischen Einheit) die Praxis der Frontbewährung nicht zu einer allgemein gültigen Regel oder einem generellen Phänomen mache (Syrienexperte, 11. August 2022).

In seiner Auskunft vom September 2022 hält der Think Tank Jusoor for Studies fest, dass Deserteuren und Wehrdienstverweigerern bei ihrer Rückkehr die so genannte Frontbewährung drohe. Sie würden unter intensiver Beobachtung durch die Sicherheitskräfte stehen und gezwungen, sich in Hochrisikogebieten und an der Front zu engagieren (Jusoor for Studies, 6. September 2022).

#### 5 Unterstellung politisch oppositionell zu sein

Sowohl der von ACCORD kontaktierte Syrienexperte als auch Muhsen Al-Mustafa erklärten, dass während zu Beginn des Konflikts Wehrdienstverweigerer und Deserteure mit der Opposition assoziiert worden seien, dies mittlerweile nicht mehr (unbedingt) der Fall sei (Al-Mustafa, 8. August 2022; Syrienexperte, 11. August 2022). Muhsen Al-Mustafa ergänzte hierzu weiters, dass Wehrdienstverweigerer, sofern sie sich nicht tatsächlich den Oppositionsgruppen angeschlossen haben, auch als solche eingestuft würden. Es gebe hier bestimmte Beispiele, wie zum Beispiel die Situation in dem Großteils von Drusen bewohnten Gouvernement Suweida, wo viele junge Leute den Wehrdienst verweigern würden, die syrische Regierung sie aber nicht als Teil der Opposition betrachten würde (Al-Mustafa, 8. August 2022).

Demgegenüber erwähnt Amnesty International in seinem bereits erwähnte Bericht vom September 2021, dass die bloße Tatsache der Flucht ins Ausland ausreiche, um Verdacht zu erregen. Zwei im Zuge dieses Berichts befragte Auskunftspersonen hätten angegeben, dass sie aufgrund ihrer Flucht in den Libanon von den syrischen Sicherheitskräften nach ihrer Rückkehr ins Land als Terroristen angesehen worden seien. Einer davon sei bei seiner Rückkehr nach Syrien 2018 zweieinhalb Monate von den Sicherheitsbehörden gefangen gehalten worden und des Terrorismus bezichtigt worden, da er den Wehrdienst nicht abgeleistet habe und aus einem Dorf aus Aleppo stamme (AI, September 2021, S. 7; 20).

Die Sicherheitskräfte würden zwischen Deserteuren und Wehrdienstverweigerern, die sich dem Militärdienst aufgrund von Notlagen entziehen, und solchen, die sich dem Militärdienst aus Gründen entziehen, die mit einer negativen Einstellung gegenüber der Regierung

zusammenhängen, unterscheiden. Was die zweite Gruppe betreffe, so würden diese Deserteure und Wehrdienstverweigerer immer beschuldigt, Verbindungen zu den Oppositionsgruppen zu haben, und folglich des Terrorismus beschuldigt, auch wenn sie nichts mit den Oppositionsgruppen zu tun hätten (Jusoor for Studies, 6. September 2022).

## 6 Möglichkeiten, einer Strafe zu entgehen

In einem von Muhsen Al-Mustafa verfassten Artikel, der im Februar 2020 vom Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center veröffentlicht wurde, fasst er die Möglichkeiten für jeden syrischen Mann, der zum Wehrdienst befähigt ist, unabhängig davon, ob dieser im Ausland lebe oder ein Flüchtling sei, folgendermaßen zusammen: Dieser Mann könne erstens, nachdem er seinen Status an einer syrischen Botschaft geregelt habe, nach Syrien zurückkehren und seinen Wehrdienst ableisten, zweitens den Betrag von 8.000 US-Dollar zahlen, bevor er 43 Jahre alt wird, wie in Artikel 13 des Wehrdienstgesetzes vorgesehen, drittens denselben Betrag anstelle des Wehrdienstes zahlen, nachdem er 43 Jahre alt geworden ist, oder müsse viertens ohne Vorwarnung mit der Beschlagnahmung seines Vermögens und der vorläufigen Beschlagnahmung des Vermögens seiner Frau bzw. seiner Frauen und Kinder rechnen. Mit anderen Worten verlange die syrische Regierung von seinen im Ausland lebenden Bürgern, entweder ihren obligatorischen Wehrdienst abzuleisten oder früher oder später die festgelegte Summe zu zahlen. Andernfalls würden sie die unvermeidliche Beschlagnahmung ihres Vermögens durch die Exekutive riskieren und damit der Regierung bei der Bewältigung der schweren Wirtschaftskrise unter die Arme greifen (Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center, 20. Februar 2020). In seiner E-Mail-Auskunft vom 8. August 2022 erklärte Muhsen Al-Mustafa, dass es per Gesetz vier Gründe gebe, um auf legalem Wege dem Wehrdienst zu entgehen: die Zahlung einer Freistellungsgebühr, fünf Jahre Polizeidienst (hierzu merkte Al-Mustafa allerdings an, dass der Polizeivertrag vorsehe, dass eine Person mindestens zehn Jahre als Polizist dienen müsse und dass der Dienst in der Polizei auch nicht allen Personen ermöglicht werde), der einzige Sohn einer Familie zu sein oder die Untauglichkeit aufgrund von medizinischen Gründen. Daneben gebe es, Al-Mustafa zufolge, auch noch illegale Möglichkeiten, sich dem Wehrdienst zu entziehen, wie beispielsweise durch Bestechung der medizinischen Kommission, die über die Wehrtauglichkeit einer Person entscheidet. Wenn derartige Vorgänge allerdings bekannt würden, werde die Person erneut von einer anderen medizinischen Kommission untersucht, zum Wehrdienst eingezogen und könne vor ein Militärgericht gestellt werden (Al-Mustafa, 8. August 2022).

Laut der Auskunft von Jusoor for Studies vom September 2022 gebe es nur eine Möglichkeit, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Jeder, der der Wehrpflicht unterliege, könne sich ihr entziehen, wenn er für eine bestimmte Zeit außerhalb Syriens lebe und dann eine finanzielle Entschädigung zahle. Aus diesem Grund würden diejenigen, die es für gefährlich oder schwierig halten, den Wehrdienst abzuleisten, darauf zurückgreifen, einigen Offizieren und Beamten der Regierung hohe Geldsummen als Bestechungsgeld zu zahlen, um illegal Dokumente vorlegen zu können, aus denen hervorgehe, dass sie den Wehrdienst bereits abgeleistet hätten, was sie in Wirklichkeit aber nicht getan hätten. Andere wiederum würden den Offizieren und Beamten der syrischen Regierung hohe Geldbeträge als Bestechungsgeld zahlen, um den Wehrdienst an einem ungefährlichen und unproblematischen Ort und unter angenehmen Bedingungen abzuleisten (Jusoor for Studies, 6. September 2022).



Berichten zufolge seien im November 2020 durch Gesetzesdekret Nr. 31 Änderungen des Militärdienstgesetz erlassen worden, die die Freistellungsgebühr regeln (Jusoor for Studies, 9. November 2020; siehe auch COAR, 24. November 2020). Gemäß der Novelle müssten Personen mit medizinischen Untauglichkeitsgenehmigungen nun 3.000 US-Dollar zahlen und würden ausschließlich den Verwaltungsdiensten zugewiesen. Von Personen, die außerhalb Syriens geboren wurden und außerhalb Syriens leben, werde der gleiche Betrag gefordert. Für männliche Staatsangehörige, die außerhalb Syriens leben, würden Zahlungen auf Grundlage des folgenden Einstufungssystems erwartet: 10.000 US-Dollar für diejenigen, die im wehrfähigen Alter ein Jahr außerhalb Syriens gelebt haben; 9.000 US-Dollar für diejenigen, die im wehrfähigen Alter zwei volle Jahre außerhalb Syriens gelebt haben; 8.000 US-Dollar für diejenigen, die im wehrfähigen Alter drei Jahre außerhalb Syriens gelebt haben (Jusoor for Studies, 9. November 2020); 7.000 US-Dollar für diejenigen, die im wehrfähigen Alter mindestens vier Jahre außerhalb Syriens gelebt haben (Jusoor for Studies, 9. November 2020; Al-Monitor, 16. Mai 2022). Laut dem Gesetzesdekret hätten auch akademische Delegierte („academic delegate“, die zum Studium ins Ausland geschickt werden, das Recht, 6.000 US-Dollar zu zahlen, um den verpflichtenden Wehrdienst zu vermeiden. Und auch zivile Piloten hätten das Recht, einen Geldbetrag zu zahlen, der sie vom Wehrdienst befreie (Jusoor for Studies, 9. November 2020). Dieses Gesetzesdekret ermögliche es nun auch Syrern, die sich innerhalb des Landes aufhalten, anstelle der Wehrpflicht eine Freistellungsgebühr zu zahlen. Zuvor sei dies nur im Ausland lebenden Syrern möglich gewesen. Die Freistellungsgebühr entspreche, laut COAR, 21 Jahren Gehalt eines im öffentlichen Sektor in Syrien tätigen Arztes. Diejenigen, die sich dem Wehrdienst entziehen würden, würden allerdings, COAR folgend, auch mit Folgekosten konfrontiert: Syrer, die die Wehrdienstbefreiung in Anspruch nehmen würden, hätten keinen Anspruch auf staatliche Wohnungen und könnten fünf Jahre lang keine Kredite bei staatlichen syrischen Banken aufnehmen (COAR, 24. November 2020).

## 7 Anzahl von Rückkehrern

Laut einem im Oktober 2019 im Forced Migration Review (FMR) veröffentlichten Artikel von Aramad Ahmad und Shaza Loutfi, seien Berichten zufolge 2018 und Anfang 2019 Tausende Flüchtlinge nach Syrien zurückgekehrt. Es sei jedoch schwierig diese Zahlen zu bestätigen und es gebe keine konkreten Zahlen darüber, wie viele Männer im wehrfähigen Alter zurückgekehrt seien. Dennoch gebe es zahlreiche Berichte über solche Männer, die sich trotz großer Risiken für eine Rückkehr nach Syrien entschieden hätten, weil sie in den Asyl-Zielländern keine Familienzusammenführung erreichen hätten können (Araman/Loutfi, Oktober 2019, S. 52). Zur Anzahl von Europa nach Syrien zurückkehrenden Personen, führte auch das DIS im Mai 2022 an, dass Informationen dazu äußerst begrenzt seien (DIS, Mai 2022, S. 6).

## Quellenverzeichnis (Zugriff auf alle Quellen am 8. September 2022)

- AI – Amnesty International: “You’re going to your death”; Violations against Syrian refugees returning to Syria [MDE 24/4583/2021], September 2021  
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2059754/MDE2445832021ENGLISH.pdf>
- Al-Monitor: Syrians dodge military conscription, 16. Mai 2022  
<https://www.al-monitor.com/originals/2022/05/syrians-dodge-military-conscription>
- Al-Mustafa, Muhsen: E-Mail-Auskunft, 8. August 2022
- Araman, Ahmad / Loutfi, Shaza: Return to Syria after evading conscription. In: Forced Migration Review, Nr. 62, Oktober 2019, S. 52-53  
<https://www.fmreview.org/sites/fmr/files/FMRdownloads/en/return/araman-loutfi.pdf>
- BFA Staatendokumentation: Anfragebeantwortung der Staatendokumentation zu Syrien: Wehrdienst, 27. Jänner 2022  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2073908/SYRI\\_SM\\_Wehrdienst\\_2022\\_01\\_27\\_KE.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2073908/SYRI_SM_Wehrdienst_2022_01_27_KE.pdf)
- COAR - Center for Operational Analysis and Research: Changes to military service reflect Damascus’s unrealistic aims, growing socio-economic divide, 24. November 2020  
<https://coar-global.org/2020/11/24/changes-to-military-service-reflect-damascus-unrealistic-aims-growing-socio-economic-divide/>
- COAR - Center for Operational Analysis and Research: Syria Update Digest, 31. Jänner 2022  
<https://coar-global.org/2022/01/31/is-prison-raid-biggest-attack-since-19-displaces-45000/>
- DIS – Danish Immigration Service: Syria; Treatment upon return, Mai 2022  
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2072754/notat-syria-treatment-upon-return-may-2022.pdf>
- DIS – Danish Immigration Service: Syria: Issues regarding return, Oktober 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2063238/coi\\_report\\_issues\\_on\\_return\\_to\\_syria\\_october\\_2021.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2063238/coi_report_issues_on_return_to_syria_october_2021.pdf)
- Enab Baladi: General amnesty: Syrian regime’s trap to capture military defectors, 18. Februar 2022  
<https://english.enabbaladi.net/archives/2022/02/general-amnesty-syrian-regimes-trap-to-capture-military-defectors/>
- EUAA – European Union Agency for Asylum: Syria: Military Service, April 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2048969/2021\\_04\\_EASO\\_COI\\_Report\\_Military\\_Service.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2048969/2021_04_EASO_COI_Report_Military_Service.pdf)
- EUI – European University Institute: Policy Brief. Manipulating National Trauma: The Assad Regime’s Wartime Instrumentalisation of Presidential Amnesties (Autor: Pieter Both), Oktober 2021  
<https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/72798/QM-AX-21-047-EN-N%5b1%5d.pdf?sequence=5&isAllowed=y>
- Gesetz Nr. 39 des Jahres 2019 zur Änderung des Militärdienstgesetzes, erlassen durch Gesetzesdekret Nr. 30 von 2007  
القانون 39 المتضمن تعديل قانون خدمة العلم الصادر بالمرسوم التشريعي رقم /30/ لعام /2007/ وتعديلاته حول [بديل فوات الخدمة], 24. Dezember 2019  
<http://www.pministry.gov.sy/default.aspx?id=15576>

- Gesetz Nr. 35 des Jahres 2017 zur Änderung des Militärdienstgesetzes, erlassen durch Gesetzesdekret Nr. 30 von 2007  
[القانون رقم 35/ لعام 2017 القاضي بتعديل قانون خدمة العلم الصادر بالمرسوم التشريعي رقم 30/ لعام 2007], 15. November 2017 (abgerufen am 1. August 2022)  
<http://www.parliament.gov.sy/arabic/index.php?node=201&nid=18681&RID=-1&Last=88&First=0&CurrentPage=0&Vld=-1&Mode=-1&Service=-1&Loc1=0&Key1=&SDate=&EDate=&Year=2017&Country=&Num=&Dep=-1&>
- Gesetzesdekret Nr. 61 des Jahres 1950: Militärstrafgesetz und Militärstrafprozessordnung der Arabischen Republik Syrien  
[المرسوم التشريعي 61 لعام 1950 قانون العقوبات وأصول المحاكمات العسكرية], 13. März 1950  
<http://www.parliament.gov.sy/arabic/index.php?node=201&nid=11811&RID=-1&Last=4&First=0&CurrentPage=0&Vld=-1&Mode=-1&Service=-1&Loc1=0&Key1=&SDate=&EDate=&Year=1950&Country=&Num=&Dep=-1&>
- Gesetzesdekret Nr. 3 des Jahres 2022 [المرسوم التشريعي رقم 3/ للعام 2022], 25. Jänner 2022,  
<http://www.parliament.gov.sy/arabic/index.php?node=201&nid=22867&RID=-1&Last=2&First=0&CurrentPage=0&Vld=-1&Mode=-1&Service=-1&Loc1=0&Key1=%C7%E1%DA%D3%DF%D1&SDate=&EDate=&Year=2022&Country=&Num=&Dep=-1&>
- Gesetzesdekret Nr. 6 des Jahres 2020 [المرسوم التشريعي رقم 6/ لعام 2020]  
<http://pministry.gov.sy/contents/15978/%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%B1%D8%B3%D9%88%D9%85-%D8%A7%D9%84%D8%AA%D8%B4%D8%B1%D9%8A%D8%B9%D9%8A-%D8%B1%D9%82%D9%85-/6/-%D9%84%D8%B9%D8%A7%D9%85-2020-%D8%A7%D9%84%D9%82%D8%A7%D8%B6%D9%8A-%D8%A8%D9%85%D9%86%D8%AD-%D8%B9%D9%81%D9%88-%D8%B9%D8%A7%D9%85-%D8%B9%D9%86-%D8%A7%D9%84%D8%AC%D8%B1%D8%A7%D8%A6%D9%85-%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%B1%D8%AA%D9%83%D8%A8%D8%A9-%D9%82%D8%A8%D9%84-%D8%AA%D8%A7%D8%B1%D9%8A%D8%AE-22-3-2020>
- Gesetzesdekret Nr. 13 des Jahres 2021 2 , [المرسوم التشريعي رقم 13 للعام 2021], Mai 2021, zitiert nach Himsnewspaper  
<https://himsnewspaper.org/2021/05/%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%B1%D8%B3%D9%88%D9%85-%D8%A7%D9%84%D8%AA%D8%B4%D8%B1%D9%8A%D8%B9%D9%8A-%D8%B1%D9%82%D9%85-13-%D9%84%D9%84%D8%B9%D8%A7%D9%85-2021/>
- HRC – UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights): Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic [A/HRC/40/70], 31. Jänner 2019  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2003613/A\\_HRC\\_40\\_70.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2003613/A_HRC_40_70.pdf)
- HRC – UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights): Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic [A/HRC/46/55], 11. März 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2046935/A\\_HRC\\_46\\_55\\_E.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2046935/A_HRC_46_55_E.pdf)
- HRW – Human Rights Watch: Syrian ‘Military Evaders’ Face Unlawful Seizure of Property, Assets, 9. Februar 2021  
<https://www.hrw.org/news/2021/02/09/syrian-military-evaders-face-unlawful-seizure-property-assets>

- HRW – Human Rights Watch: “Our Lives Are Like Death”; Syrian Refugee Returns from Lebanon and Jordan, 20. Oktober 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2062564/syria1021\\_web.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2062564/syria1021_web.pdf)
- Jusoor for Studies: Notes on legislative decree no. 31 to amend the mandatory military service law, 9. November 2020  
<https://jusoor.co/details/Notes-on-Legislative-Decree-No.-31-to-Amend-the-Mandatory-Military-Service-Law/797/en>
- Jusoor for Studies: E-Mail-Auskunft, 6. September 2022
- Landinfo – Norwegian Country of Origin Information Centre: Syria: Reactions against deserters and draft evaders, 3. Jänner 2018  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/1441219/1226\\_1534943446\\_landinfo-report-syria-reactions-against-deserters-and-draft-evaders.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/1441219/1226_1534943446_landinfo-report-syria-reactions-against-deserters-and-draft-evaders.pdf)
- Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center: Drain Society, Feed the Military, 20. Februar 2020  
<https://carnegie-mec.org/diwan/81107>
- Netherlands Ministry of Foreign Affairs: Algemeen ambtsbericht Syrië, Mai 2022  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2075473/AAB+Syrie\\_extern+17jun22.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2075473/AAB+Syrie_extern+17jun22.pdf)
- Reuters: Syria releases hundreds of social media critics ahead of election, 11. Mai 2021  
<https://www.reuters.com/world/middle-east/syria-releases-hundreds-social-media-critics-ahead-election-2021-05-11/>
- SACD – Syrian Association for Citizens’ Dignity: Normalisation of Horror. Security and Living Conditions in Assad-held Syria, August 2021  
[https://syacd.org/wp-content/uploads/2021/08/Normalisation\\_of\\_Horror.pdf](https://syacd.org/wp-content/uploads/2021/08/Normalisation_of_Horror.pdf)
- SACD – Syrian Association for Citizens’ Dignity: Syrian regime’s amnesties are public relations stunts with dangerous consequences for displaced Syrians, 28. Jänner 2022  
<https://syacd.org/syrian-regimes-amnesties-are-public-relations-stunts-with-dangerous-consequences-for-displaced-syrians/>
- SNHR – Syrian Network for Human Rights: Two Months Since Issuing Amnesty Decree, the Syrian Regime Released Only 96 f Nearly 130,000 Detainees and Arrested 113 More, 15. Mai 2020  
[https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The\\_Syrian\\_regime\\_only\\_releases\\_96\\_cases\\_out\\_of\\_approximately\\_130000\\_two\\_months\\_after\\_the\\_amnesty\\_decree\\_was\\_issued\\_en.pdf](https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The_Syrian_regime_only_releases_96_cases_out_of_approximately_130000_two_months_after_the_amnesty_decree_was_issued_en.pdf)
- SNHR - Syrian Network for Human Rights: The Syrian Regime Has Released 81 Individuals Under Amnesty Decree No. 13 of May 2021 and Arrested Nearly 176 Since Its Issuance, 15. Juli 2021  
[https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The\\_Syrian\\_Regime\\_Has\\_Released\\_81\\_Individuals\\_Under\\_Amnesty\\_Decree\\_No.\\_13\\_of\\_May\\_2021\\_and\\_Arrested\\_Nearly\\_176\\_Since\\_Its\\_Issuance\\_en.pdf](https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The_Syrian_Regime_Has_Released_81_Individuals_Under_Amnesty_Decree_No._13_of_May_2021_and_Arrested_Nearly_176_Since_Its_Issuance_en.pdf)
- Syria Direct: Bashar al-Assad issues general amnesty excluding prisoners of conscience: Who benefits and why now?, 10. Mai 2021  
<https://syriadirect.org/bashar-al-assad-issues-general-amnesty-excluding-prisoners-of-conscience-who-benefits-and-why-now/>

- Syrienexperte: Gesprächsprotokoll [autorisiert], 11. August 2022
- Syrienexperte: E-Mail-Auskunft, 12. August 2022
- The Syrian Observer: Mixed Reactions Following Desertion Amnesty, 27. Jänner 2022  
<https://syrianobserver.com/security/72953/mixed-reactions-following-desertion-amnesty.html>
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Voluntary Syrian Refugee Return, Stand: 31. Juni 2022  
[https://data.unhcr.org/en/situations/syria\\_durable\\_solutions](https://data.unhcr.org/en/situations/syria_durable_solutions)

## Anhang: Quellenbeschreibungen und Informationen aus ausgewählten Quellen

Amnesty International (AI) ist eine internationale regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisation mit Hauptsitz in London.

- AI – Amnesty International: “You’re going to your death”; Violations against Syrian refugees returning to Syria [MDE 24/4583/2021], September 2021

<https://www.ecoi.net/en/file/local/2059754/MDE2445832021ENGLISH.pdf>

„Maher, who returned from Lebanon in early 2018, said that intelligence agents detained him for two-and-a-half months and interrogated him 15 times, holding against him his area of origin. ‘They said: ‘You’re from southern Aleppo. You’re a terrorist.’ They accused me of being a terrorist because I didn’t do the military service and because of my village: ‘You’re from [name of village]. You killed soldiers, you did many things against the country. You’re a terrorist,’ Maher said.” (AI, September 2021, S. 7)

„Twelve Syrian people who spoke to Amnesty International said that security officials explicitly criticized their decision to flee the country and/or questioned their motive to return, subsequently sexually assaulting them, arbitrarily detaining them and/or subjecting them to torture and other ill-treatment. According to testimonies, officers blamed returnees for going abroad instead of seeking refuge in government-controlled areas and standing by the side of the Syrian army.” (AI, September 2021, S. 19)

„In 2017, Aya, returned to Syria with her three daughters and her son, after living in Turkey for two years. At the border crossing, an officer asked her: ‘You left Syria. And you want to return now that we have destroyed the terrorists? Why didn’t your son help us fight terrorists?’ He then raped her and arrested her son who has since been disappeared, Aya said (see 5.1 ‘Rape’ and 8 ‘Enforced disappearance’).“ (AI, September 2021, S. 19)

„Amnesty International’s research indicates that the mere fact of fleeing abroad was sufficient to raise suspicion. For example, Ola, who returned from Lebanon with her brother in 2019, said that security officials asked her why she had returned when they visited her house in the weeks following her return. ‘They see us as terrorists because we left to Lebanon,’ Ola said. Security forces had arrested Ola’s brother at the border crossing and subjected him to an enforced disappearance. Five months later, authorities informed his family that he died in detention, according to Ola.” (AI, September 2021, S. 20)

„A Syrian researcher, currently undertaking a Ph.D. thesis on gender-based violence during the Syrian conflict, reported similar findings: ‘I interviewed about a hundred men and women who returned to Syria between 2019 and 2021. Seventeen, 10 men and seven women, reported sexual violence and others probably didn’t mention it because they were afraid. It’s a lot and it shows that authorities still use sexual violence as a tool to torture... The regime wants to take revenge on people who left Syria. They think that they should have stayed and fought alongside [President] Assad.’“ (AI, September 2021, S. 22)

„Military conscription has been a motive of arrest, according to information collected by Amnesty International. Four returnees said that after intelligence forces released them, authorities ordered them to do their military service. Two were forced to join the army after being released, and one of them defected and fled to Lebanon.“ (AI, September 2021, S. 36)

Al-Monitor ist eine auf Berichterstattung zum Nahen Osten spezialisierte Medienplattform.

- Al-Monitor: Syrians dodge military conscription, 16. Mai 2022

<https://www.al-monitor.com/originals/2022/05/syrians-dodge-military-conscription>

„With even supporters deserting, the government has exploited military-aged men through a cash-for-exemption system. This is part of its larger, fee-based strategy to target a remaining revenue stream, similar to its policy on passports. The government increased exemption costs to \$7,000 for four years abroad. Men must defer their futures while paying off the government.“ (Al-Monitor, 16. Mai 2022)

Muhsen Al-Mustafa ist Forscher am Omran Center for Strategic Studies und „non-resident Fellow“ am Tahrir Institute for Middle East Policy (TIMEP).

- Al-Mustafa, Muhsen: E-Mail-Auskunft, 8. August 2022

„Q: Do you know to what extent the prison sentences for draft evaders and deserters provided for in the military penal code are actually implemented?

Al-Mustafa: It is applied to the maximum extent possible (I mean the cases of escape in the areas controlled by the regime).

Q: To what extent are military evaders and deserters punished solely on the basis of this criminal offense?

Al-Mustafa: Each case of military evaders and deserters can be considered as its own, which can be dealt with on the basis of this crime only or it can be extended to include other crimes as each person and his surrounding circumstances are unique.

Q: To what extent are deserters and military service evaders threatened by so-called frontline probation upon return, to what extent are these people stationed in particularly high-risk areas?

Al-Mustafa: They are not necessarily sent to serve on the front lines (maybe yes, maybe no), due to the military unit to which the deserter belongs or the military unit to which the evader is sent.

Q: Are members of certain groups / belonging to certain affiliations more likely than others to be punished for offenses related to desertion or evasion?

Al-Mustafa: In some cases, yes, especially if the military evaders and deserters does not have any relations (unformal) with army officers, and this applies in many ways to those who belong to the Sunni sect, as opposed to those who belong to the Alawite sect.

Q: To what extent are the frequently advertised amnesty regulations for evasion and desertion (systematically) enforced?

Al-Mustafa: As for deserters and evaders of military service in the regime's areas, it has been applied in a relatively large way in the past few (2-3) years, but previously at the beginning of the revolution in 2011 it was not actually applied, and there was certainly discrimination based on sectarianism in its application. Currently, it can be said that the situation is slightly different for the application of amnesty ceremonies for military evasion. I would like to point out strongly on an important point here: that amnesty decrees do not apply to those who defected from the army in the early years of the conflict. The regime considers them traitors, and even if they are included in the text of the amnesty decree, the regime will not forgive them and will fabricate other charges against them and prosecute them based on them.

Q: Apart from paying compensation, are there other ways to avoid military service?

Al-Mustafa: This can be done through illegal methods, for example: bribing the medical committee that determines the person's military service eligibility, and thus military service can be avoided in this way, but if the matter is discovered or re-examined by another committee, this person will enlist in the military service and may be offered On a court martial before that.

The legal methods are known by Law:

- Paying compensation in case the person is outside the country .
- That a person be alone (no Brother from his mother) to his mother until she reaches menopause.
- To Service as a policeman for at least 5 years. (the police contract stipulates that a person must serve in the police for at least 10 years, service as a policeman is not available to everyone).
- That the person is not eligible for military service from a health point of view.

Q: To what extent are deserters and draft evaders associated with opposition groups? Is there a widespread perception that these people are part of the opposition?

Al-Mustafa: Military deserters and deserters are not necessarily associated with opposition groups. As I told you earlier, all defectors in the first years of the conflict are considered to be associated with the opposition even if they do not work in the fighting opposition groups. The evaders as long as they did not join the opposition groups will be dealt with as evading military service. There are special cases, for example, in As-Suwayda (a governorate populated by the Druze sect), a large number of young people refuse to enlist in military service, yet the regime does not consider them to be part of the opposition." (Al-Mustafa, 8. August 2022)

Ahmad Araman ist Koordinator für humanitäre Hilfe in Syrien und Shaza Loutfi war Programmbeauftragte am US Institute of Peace im Irak.



- Araman, Ahmad / Loutfi, Shaza: Return to Syria after evading conscription. In: Forced Migration Review, Nr. 62, Oktober 2019, S. 52-53  
<https://www.fmreview.org/sites/fmr/files/FMRdownloads/en/return/araman-loutfi.pdf>

„Although it is difficult to confirm numbers, reports estimate that thousands of refugees returned to Syria in 2018 and early 2019. There are no concrete numbers of how many military-aged men returned, but there are numerous stories of such men choosing to return to Syria, despite great risk, because they have been unable to secure family reunification in countries of asylum.“ (Araman / Loutfi, Oktober 2019, S. 52)

Das Center for Operational Analysis and Research (COAR) ist eine politische Risiko- und Beratungsorganisation, die den Entwurf und die Umsetzung von humanitären und Entwicklungsprojekten in konfliktbetroffenen Regionen unterstützt.

- COAR - Center for Operational Analysis and Research: Changes to military service reflect Damascus’s unrealistic aims, growing socio-economic divide, 24. November 2020  
<https://coar-global.org/2020/11/24/changes-to-military-service-reflect-damascus-unrealistic-aims-growing-socio-economic-divide/>

„Nonetheless, changes to mandatory military service are taking place, and they reflect the evolving needs of the state. Military service is a constitutionally enshrined “sacred duty” in Syria and a touchstone of civil-military relations. However, on 3 November, the Syrian government announced a decree allowing Syrians residing inside the country to pay a waiver in lieu of military conscription (see: Syria Update 9 November 2020). Previously, the release was available only to Syrians abroad, at a cost of \$8,000. Those inside the country were able to avoid military service, but only if they had both the money and a connection to a military insider who could illicitly strike their names from the service rolls. Notably, those who avoid service will face secondary costs, albeit largely symbolic ones. Syrians who take advantage of the waiver will be ineligible for governmental housing and cooperatives and are barred from drafting loans from Syrian public banks for five years. Those who can afford to pay the release — equivalent to more than 21 years of state pay for a doctor working in the Syrian public sector, at current exchange rates — are unlikely to turn to the state for loans and housing benefits.“ (COAR, 24. November 2020)

- COAR - Center for Operational Analysis and Research: Syria Update Digest, 31. Jänner 2022  
<https://coar-global.org/2022/01/31/is-prison-raid-biggest-attack-since-19-displaces-45000/>

„On 25 January, the Syrian Government announced a pardon for draft evaders and a new reconciliation drive in western Ghouta. While not likely to generate enlistment at scale, the initiatives are part of broader Government efforts to replenish military ranks during periods of relative calm.“ (COAR, 31. Jänner 2022)

Das Danish Immigration Service (DIS) ist die in Dänemark für Einwanderung, Einreise und Aufenthalt von Ausländer:innen zuständige Behörde des Ministeriums für Einwanderung und Integration.

- DIS – Danish Immigration Service: Syria; Treatment upon return, Mai 2022  
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2072754/notat-syria-treatment-upon-return-may-2022.pdf>

„The available information about Syrians and PRS [Palestinian refugees from Syria] returning from the EU is limited.“ (DIS, Mai 2022, S. 6)

„According to the Syrian law, both deserters and evaders should be punished. However, evaders will not be punished if they obtain a status settlement. Nevertheless, they will still be required to serve in the military unless they have paid the exemption fee. [...] According to two sources consulted by the DIS in 2020, persons who obtain status settlement because of evasion from military service usually do not face any problems with the GoS upon return. However, one source told the DIS that some people who settled their evasion might be temporarily arrested upon return, and some might be subjected to torture. In a report by DIS published in 2019 about military service in Syria, sources mentioned that men wanted for military service and evaders, who pay the exemption fee in order to be exempted from military service, usually do not face problems with the GoS upon return. According to the Syrian human rights organisation interviewed by DIS in April 2022, draft evaders and deserters are sent to military service after a short detention (a couple of days or weeks), provided that they have not been involved in any opposition activities. There have been no reports that those who have paid the exemption fee of 8000 USD have faced issues upon return. The source added that family members of draft evaders and deserters do not face problems with the authorities anymore. Previously, the authorities harassed such families, but now the authorities may contact them once or twice and ask about the evading or deserting family member and his whereabouts, but nothing more will happen. One should also bear in mind that there are too many draft evaders and deserters for the authorities to be able to spend time and resources on such cases.“ (DIS, Mai 2022, S. 11)

Enab Baladi ist eine 2011 in Daraya bei Damaskus gegründete, der Revolution nahestehende und regimekritische syrische Medienorganisation.

- Enab Baladi: General amnesty: Syrian regime’s trap to capture military defectors, 18. Februar 2022  
<https://english.enabbaladi.net/archives/2022/02/general-amnesty-syrian-regimes-trap-to-capture-military-defectors/>

„The army personnel, who deserted the military service and were included in the general amnesty, have their own concerns of a trap being set up for them, the lawyer reveals. The goal of the latest amnesty is to bring more manpower due to the sharp shortage of army personnel. [...] Army defectors who joined opposition factions in northern Syria have their fears of being arrested by the military intelligence if they surrender. ‘Only God will know their fate,’ the lawyer says.“ (Enab Baladi, 18. Februar 2022)

Das European University Institute ist eine Forschungseinrichtung in Florenz und Fiesole.

- EUI – European University Institute: Policy Brief. Manipulating National Trauma: The Assad Regime’s Wartime Instrumentalisation of Presidential Amnesties (Herausgeber: EUI – European University Institute), Oktober 2021  
<https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/72798/QM-AX-21-047-EN-N%5b1%5d.pdf?sequence=5&isAllowed=y>

„Between 2012 and 2021, most amnesty decrees either focused solely on army deserters and draft evaders or included provisions regarding military service. At first, they were aimed at (re-)enlisting as many men as possible into the depleted armed forces. The July 2015 amnesty, which followed momentous battlefield setbacks in Idlib and Palmyra, is a case in point: a day later, Assad admitted for the first time the manpower problem that his army faced and said he had granted the amnesty in the hope of getting ‘a few thousand’ men back. [...]

The superficial removal of barriers to return for army deserters and young men who fled Syria to escape conscription was meant to signal that Syria was ‘welcoming’ returns. The 2019 amnesty was announced the day after Russia’s Special Envoy to Syria and Deputy Foreign Minister visited Damascus. In his speech at the Russian-organised International Conference on Return of Refugees in Damascus in November 2020, Assad referred to amnesties as a way to facilitate the return of refugees.” (EUI, Oktober 2021, S. 4)

„Over the past decade, relatively few of those who should have been eligible for amnesty have been documented as benefiting from these measures. For such people, there is little reason to trust that the amnesty will be implemented consistently. Implementation rests in the hands of the security agencies in charge of detention facilities and the judiciary. Any prisoner release in a security branch requires the approval of the head of directorate of the agency in question. [...]

Unsurprisingly, amnesties are accompanied by increased financial extortion efforts. Out of despair – even though ‘nobody believes in amnesties anymore’ – families still pay to try to get their loved ones on the list for an amnesty. Following the latest amnesty, in May 2021, the Syrian Network for Human Rights reported that it had documented at least 92 cases involving extortion of the families of detainees held in central prisons, with their relatives paying vast sums of money in exchange for promises to include their family members in the amnesty. It estimated the real number of extortions that took place to be far greater than it was able to document.” (EUI, Oktober 2021, S. 6)

„In the Syrian context, presidential amnesties should be understood as a multifaceted tool of a repressive regime; they should never be mistaken for genuine concessions.” (EUI, Oktober 2021, S. 8)

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ist ein zwischenstaatliches Gremium innerhalb der Vereinten Nationen, das sich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte weltweit einsetzt.

- HRC – UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights): Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic [A/HRC/40/70], 31. Jänner 2019  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2003613/A\\_HRC\\_40\\_70.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2003613/A_HRC_40_70.pdf)

„During the reporting period, activists, civil defence volunteers, conscript deserters, recent returnees and others generally perceived to be opposition supporters were the most likely to be detained arbitrarily.” (HRC, 31. Jänner 2019, S. 15)

- HRC – UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights): Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic [A/HRC/46/55], 11. März 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2046935/A\\_HRC\\_46\\_55\\_E.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2046935/A_HRC_46_55_E.pdf)

„1. Over the past decade, no warring party in the Syrian Arab Republic has respected the rights of detained persons in accordance with international legal obligations. The use of arbitrary detention, torture and ill-treatment, including through sexual violence, involuntary or enforced disappearance and summary executions, has been a hallmark of the conflict.

2. Violations and abuses have been perpetrated with such consistency, particularly by the Government of the Syrian Arab Republic, and have been reported so widely by the Commission of Inquiry and others that it is impossible to claim that they were committed without the knowledge of the relevant chains of command. In the case of the Government, the data on the transfer of detainees from other governorates to the capital reflect a high degree of centralized control, in addition to other evidence that shows a detailed bureaucracy with records of those detained and where they were held.” (HRC, 11. März 2021, S. 2)

Human Rights Watch ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in New York City, die sich für den weltweiten Schutz der Menschenrechte einsetzt.

- HRW – Human Rights Watch: Syrian ‘Military Evaders’ Face Unlawful Seizure of Property, Assets, 9. Februar 2021  
<https://www.hrw.org/news/2021/02/09/syrian-military-evaders-face-unlawful-seizure-property-assets>

„The law previously required a conditional assets seizure for those who failed to pay the exemption fee, pending court judgment. But the amendment now empowers the Ministry of Finance to immediately confiscate and sell an individual’s property without providing notice or giving the individual an opportunity to challenge the decision. While military conscription applies to men only, the law also enables the government to seize the assets of wives, children, and other immediate relatives of the individual in question until the source of those funds is verified.” (HRW, 9. Februar 2021)

- HRW – Human Rights Watch: “Our Lives Are Like Death”; Syrian Refugee Returns from Lebanon and Jordan, 20. Oktober 2021  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2062564/syria1021\\_web.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2062564/syria1021_web.pdf)

„‘Nearly everyone who returns will face some form of interrogation,’ said Syrian researcher and expert on return dynamics. ‘Whether it’s a cup of tea with the security agencies or a full-blown torture session, they want to know why people left.’“ (HRW, Oktober 2021, S. 29)

„Mona, a 25-year-old woman from Sayida Zeinab in Damascus, explained how her husband deserted the Army in 2015 and the family sought refuge in Lebanon. When her daughter developed cancer and she could not afford the costs of surgery in Lebanon, Mona and her husband decided to travel back to Syria in 2018 to try to find cheaper hospital care: ‘Somebody must have told the Army that we were back. At the beginning of 2018 the Military Intelligence came and arrested my husband. They told us...they were taking him because he had deserted the Army in 2015. He was imprisoned for nine months in al-Balona in Homs. He did the reconciliation and agreed to re-enter the Army and then he was released.

When he was released, I knew he had been beaten in prison, but my husband didn’t want to give details as he was scared. After he left the prison, he was serving in the Army and would come back to us for some short leave days. This went on for maybe one or two years. He was tortured during these years ... and we saw this on his body. We asked him about the torture, but he denied it because he had been threatened not to talk about his experience. He refused to answer when I asked him about the marks on his body. There were a lot of marks [bruises] on his body, red and blue... He also had burns on his body. The Army gave him little food and he lost weight. He was not allowed to take a bath during the time he was in the Army and in the military prison. He had lice and scabies. He was only allowed to go to the toilet once a day. It is all because he deserted the Army previously.’“ (HRW, 20. Oktober 2021, S. 34)

„Shadi, a 31-year-old man with a physical disability from Busra alHarir in Daraa, was arbitrarily arrested and detained at a checkpoint on his way from Daraa to Damascus to obtain the formalized exemption from military service as a result of a leg amputation following an airstrike in his hometown of Busra al-Harir in Daraa in April 2013 after which he sought refuge in Jordan. After seven ‘relatively good’ years in Jordan, Shadi traveled back to Syria in November 2020 with his family during the Covid-19 pandemic:

‘I had to go to the military hospital number 601 in Damascus. I directly took a taxi to Damascus. I went through a lot of checkpoints. One was the Fourth Division; they investigated me and humiliated me but eventually they released me after I gave them 5,000 Syrian pounds [equivalent of US\$2]. The next checkpoint was Manket al-Hatab [jointly controlled by Military Intelligence and the Fourth Division]. They searched me and did a security clearance and took my ID and the officer told me I had to do military service. I said I knew this and that I was on the way to the military hospital to sort this situation out. He started to mock me by saying, ‘Who ate your leg?’ and ‘You are a terrorist.’ I tried to explain, instead they beat me. I showed them the exemption [a pass he had received from the military branch office in Daraa] but they ignored it. Two officers kicked me and used my crutch to beat me. They forced me to crawl on the floor to their car and arrested me. When I got in the car, they beat me and took me through Sweida Road to the Military

Intelligence center in Kafr Souseh in Damascus...I was interrogated every day. They asked me silly questions like what I was eating in Jordan. I kept saying if they didn't want anything from me, they should give me back my document and I could go to the military hospital. After one week they started to electric shock the stump of my amputated leg.'

After two and a half of months of torture in detention, Shadi said he was released onto a street in Kafr Souseh and made his way back to Daraa with help from strangers." (HRW, 20. Oktober 2021, S. 35-36)

Jusoor for Studies ist eine unabhängige Forschungseinrichtung mit Sitz in der Türkei und ein Think Tank, der sich unter anderem mit Syrien befasst.

- Jusoor for Studies: Notes on legislative decree no. 31 to amend the mandatory military service law, 9. November 2020

<https://jusoor.co/details/Notes-on-Legislative-Decree-No.-31-to-Amend-the-Mandatory-Military-Service-Law/797/en>

„Bashar al-Assad, the President of the Syrian Regime, issued a legislative decree to amend the articles related to the cash payment that must be made by Syrian men seeking to avoid undertaking the mandatory military service. Based on the amendment, those with medical excuses are now expected to 3,000 US Dollars and they will be assigned solely to administrative services. For individuals born and living outside Syria, they are expected to pay the same amount. For male citizens residing outside Syria, they are expected to pay based on the current classification system:

- 10,000 USD for those who lived one year outside of Syria
- 9,000 USD for those who lived two full years outside of Syria
- 8,000 USD for those who have lived three years and 7,000 USD for those who completed at least four years outside of Syria

After reaching the age of compulsory service.

Under the decree, academic delegate sent abroad to study are also entitled to pay 6,000 USD to avoid undertaking their mandatory military service. It also gave civil pilot the right to pay a cash sum that will exempt him from service." (Jusoor for Studies, 9. November 2020)

- Jusoor for Studies: E-Mail-Auskunft, 6. September 2022

„The Syrian regime repeatedly issues amnesty decrees to pardon draft evaders and deserters because of the shortage of recruits in its forces. Since the response to the amnesty is weak, the regime does not imprison draft evaders and deserters who are arrested or turn themselves in (they are only held in detention in the Military Police Department for one or two days). Then, they are sent directly to the active military units.

In fact, draft evaders and deserters are not considered criminal offenders who deserve to be tried and punished by judicial institutions.

Of course, deserters and draft evaders who returned are usually sent to perform military service. They are highly threatened with the so-called frontline probation upon return. They are kept under intensive security forces surveillance. Furthermore, they are forced to be involved in high-risk areas and frontlines with the aim of blackmailing them by the regime's officers.

In case the desertion or draft evasion were as a result of certain threats, fears, or hardships, deserters and draft evaders are usually caught and arrested, or they are sent to perform the military service with no punishment if they turn themselves in, regardless of the sect to which they belong to.

However, if desertion or draft evasion occurred due to political reasons, given that the deserters and draft evaders have negative attitudes towards the regime, in such cases they are usually sent to places that often cause them to be killed.

Because of the regime's dire need for the human element, a period of time is given to the deserters and draft evaders and then they are immediately sent to the military units without punishing them. However, they are more likely than others to be involved in very dangerous confrontations, or they must pay sums of money to the regime's officers and officials to avoid being involved in such situations.

There is only one way to avoid the compulsory military service. Anyone liable to compulsory military service can avoid it if he lives outside Syria for a specific period of time and then he will pay the financial compensation. Therefore, those who feel it is dangerous or it is difficult to perform the compulsory military service, they resort to paying large sums of money to some regime's officers and officials as a bribe to illegally have documents show that they performed the military service, but in fact they did not do so. Others might pay sums of money to some regime's officers and officials as a bribe to perform the military service in a non-dangerous and not difficult place and under comfortable conditions.

Of course, there is an assessment by the security forces that differentiates between deserters and draft evaders who avoid performing the military service because of hardships, and those who avoid performing the military service due to reasons related to negative attitudes towards the regime. As for the second group, deserters and draft evaders are always accused of having ties with the opposition groups and consequently, they are accused of being terrorists even if they have nothing to do with the opposition groups.

## Conclusion

Joining the compulsory or reserve service within the Syrian regime army still poses a direct threat to life or constitutes a kind of great hardship and a kind of continuous financial blackmail by officers from the regime's army and its security forces.

This applies to: 1-those who join the military service without any delay, 2-draft evaders who rejoin or are caught, and 3-deserters who are pardoned by amnesties. However, it is highly likely that deserters and draft evaders will be forcibly sent to be involved in high-risk

areas. Moreover, it is very likely that deserters and draft evaders to be blackmailed, especially if they lived outside Syria and recently returned back to the country.” (Jusoor for Studies, 6. September 2022)

Das norwegische Herkunftsländerinformationszentrum Landinfo ist eine unabhängige Einrichtung innerhalb der norwegischen Immigrationsbehörden, welche für diese sowie für das norwegische Ministerium für Justiz und Öffentliche Sicherheit Herkunftsländerinformationen bereitstellt.

- Landinfo – Norwegian Country of Origin Information Centre: Syria: Reactions against deserters and draft evaders, 3. Jänner 2018

[https://www.ecoi.net/en/file/local/1441219/1226\\_1534943446\\_landinfo-report-syria-reactions-against-deserters-and-draft-evaders.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/1441219/1226_1534943446_landinfo-report-syria-reactions-against-deserters-and-draft-evaders.pdf)

„In practice, the law’s provisions are not consistently followed. Those arrested are usually sent directly to the military. Various sources that Landinfo has spoken to in Damascus indicate that those who have evaded service and are arrested are sent to compulsory military service without having to serve a prison sentence.” (Landinfo, 3. Jänner 2018, S. 8)

Das Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center ist ein in Beirut ansässiger Think Tank mit dem Schwerpunkt auf der Nahostregion.

- Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center: Drain Society, Feed the Military, 20. Februar 2020

<https://carnegie-mec.org/diwan/81107>

„The Syrian People’s Assembly on December 17 passed an amendment to Article 97 of the country’s conscription law (Legislative Decree No. 30 of 2007), which applies to people who have evaded compulsory military service and have ‘abstained from paying [a discharge fee] directly.’ It allows for the ‘executive seizure of financial assets [of such a person] without warning when he reaches 43 years of age, as well as the provisional seizure of capital held by his wife, or wives, and children, until it can be proven that these did not come from [the person in question], in cases where his capital was insufficient’ to cover the set discharge fee [...]

The December 2019 shift from ‘provisional seizure’ to ‘executive seizure’ took place two years after the passing of the previous amendment, possibly in order to allow time to understand and interpret the law and to avoid deepening Syria’s economic crisis. It also allowed time for the regime to retain some control over the human resources within the military.” (Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center, 20. Februar 2020)

„Any Syrian man eligible for military service, whether an expatriate or a refugee, has four options once he has regularized his status at a Syrian embassy. He can, first, return to Syria and complete his compulsory service; second, pay the sum of \$8,000 before reaching 43 years old, as outlined in Article 13 of the military service law; third, pay the same sum in lieu of service, after turning 43; or fourth, face executive confiscation of his assets and provisional confiscation of his wife’s, or wives’, and children’s assets, without warning.



In other words, the Syrian regime has told its citizens living abroad that either they can complete their obligatory military service, compensating for the state's shortfall in military personnel, or sooner or later they will have to pay the specified sum. Otherwise, they risk the inevitable executive seizure of their assets to provide financial resources to help the regime overcome a suffocating economic crisis." (Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center, 20. Februar 2020)

Das Außenministerium der Niederlande (Ministerie van Buitenlandse Zaken, BZ) ist die Regierungsbehörde der Niederlande, die für die auswärtigen Angelegenheiten des Landes zuständig ist.

- Netherlands Ministry of Foreign Affairs: Algemeen ambtsbericht Syrië, Mai 2022  
[https://www.ecoi.net/en/file/local/2075473/AAB+Syrie\\_extern+17jun22.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2075473/AAB+Syrie_extern+17jun22.pdf)

„Hoewel dienstplichtontduiking bestraft kan worden met een gevangenisstraf, gaf een vertrouwelijke bron aan niet gehoord te hebben dat dit officieel (met een veroordeling) gebeurt. (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, Mai 2022, S. 85)

Reuters ist eine internationale Nachrichtenagentur.

- Reuters: Syria releases hundreds of social media critics ahead of election, 11. Mai 2021  
<https://www.reuters.com/world/middle-east/syria-releases-hundreds-social-media-critics-ahead-election-2021-05-11/>

„Syria has freed more than 400 civil servants, judges, lawyers and journalists detained this year in a crackdown on social media dissent, a move seen by rights activists and former detainees as intended to win over public opinion ahead of presidential elections." (Reuters, 11. Mai 2021)

Die Syrian Association for Citizens' Dignity (SACD) ist laut eigenen Angaben eine politisch unabhängige Bürgerrechtsbewegung, die von Bürger:innen aus verschiedenen Regionen Syriens gegründet wurde. Sie setzt sich für die Förderung, den Schutz und die Sicherung der Rechte syrischer Flüchtlinge und Binnenvertriebener ein.

- SACD – Syrian Association for Citizens' Dignity: Normalisation of Horror. Security and Living Conditions in Assad-held Syria, August 2021  
[https://syacd.org/wp-content/uploads/2021/08/Normalisation\\_of\\_Horror.pdf](https://syacd.org/wp-content/uploads/2021/08/Normalisation_of_Horror.pdf)

„These patterns can be easily observed in the last two amnesty decrees issued by the regime (mentioned in the first bullet above). Decree 6 was issued on the pretext of combating the COVID19- pandemic by emptying prisons of detainees covered by the decree, which was limited to a very specific type of crime (Drug smuggling crimes - kidnapping - trading in non-Syrian currency - bribery - escaping from military service[...]) Decree 13 was issued just before the May 2021 presidential elections, using the same approach and implementation as used for previous decrees. There are no official numbers indicating how many people benefited from it. It is clear that amnesty decrees are political tools used by the regime (sometimes successfully) to relieve international pressure and mislead both Syrians and international actors." (SACD, August 2021, S. 27)

„These patterns are clearly reflected in our survey results. The vast majority of respondents (64 per cent) confirmed that amnesty decrees are not useful and were not made on good faith but are a means of external propaganda (Figure 22). Regime officials and cronies exploit them for financial gain by extorting affected citizens and their relatives. For example, officials demand bribes in exchange for including a family member’s name in the amnesty regulations—taking advantage of the absence of executive regulations, and the power the security services enjoy within the judicial and legislative authorities.” (SACD, August 2021, S. 27)

„Of participants who were in theory covered by the issued amnesty decrees, 79 per cent did not directly benefit from them, nor were there any releases of people in their communities due to the amnesty laws. The 21 per cent of participants who cited positive effects from the pardon decrees were divided over their effective value. Only 12 per cent believed their benefit was real; the rest said that the people who ‘benefited’ from the amnesty had either already finished their sentences or had been arrested a short time earlier for no reason.” (SACD, August 2021, S. 30)

- SACD – Syrian Association for Citizens’ Dignity: Syrian regime’s amnesties are public relations stunts with dangerous consequences for displaced Syrians, 28. Jänner 2022  
<https://syacd.org/syrian-regimes-amnesties-are-public-relations-stunts-with-dangerous-consequences-for-displaced-syrians/>

„The Syrian Association for Citizens’ Dignity (SACD) considers the latest amnesty decree issued by the Syrian regime, to pardon ‘military defectors,’ as a dangerous attempt to entice displaced Syrians, especially young men, back to an unsafe Syria where they face forced disappearance, arbitrary arrest, torture and death. We believe that the regime which continues to imprison tens of thousands of detainees without a valid reason, which has relentlessly killed, tortured, imprisoned, starved and displaced its people has no legitimacy to issue amnesties and that it is the members of the regime who should be the ones seeking pardon. [...]

While every Syrian returnee is a potential detainee, as documented consistently by the SACD, SNHR, Amnesty International and Human Rights Watch, there is a particularly great fear for the lives of army defectors who might consider returning. We remind of the European Court of Justice ruling that explicitly noted that ‘In the context of the Civil War in Syria, there is a strong presumption that refusal to perform Military Service there is connected to a reason which may give rise to entitlement to recognition as a refugee.’” (SACD, 28. Jänner 2022)

Das Syrian Network for Human Rights (SNHR) ist eine unabhängige Organisation von Rechercheuren und Aktivist:innen zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen aller am Krieg in Syrien beteiligten Parteien.

- SNHR – Syrian Network for Human Rights: Two Months Since Issuing Amnesty Decree, the Syrian Regime Released Only 96 f Nearly 130,000 Detainees and Arrested 113 More, 15. Mai 2020

[https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The Syrian regime only releases 96 cases out of approximately 130000 two months after the amnesty decree was issued en.pdf](https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The_Syrian_regime_only_releases_96_cases_out_of_approximately_130000_two_months_after_the_amnesty_decree_was_issued_en.pdf)

„The SNHR’s team has documentes the release of at least 96 individuals from the Syrian regime’s detention centers, since the issuance of Amnesty Decree No. 6 in March 22, 2020, until May 15, 2020.” (SNHR, 15. Mai 2020, S. 5)

- SNHR - Syrian Network for Human Rights: The Syrian Regime Has Released 81 Individuals Under Amnesty Decree No. 13 of May 2021 and Arrested Nearly 176 Since Its Issuance, 15. Juli 2021

[https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The Syrian Regime Has Released 81 Individuals Under Amnesty Decree No. 13 of May 2021 and Arrested Nearly 176 Since Its Issuance en.pdf](https://snhr.org/wp-content/pdf/english/The_Syrian_Regime_Has_Released_81_Individuals_Under_Amnesty_Decree_No._13_of_May_2021_and_Arrested_Nearly_176_Since_Its_Issuance_en.pdf)

„At least 92 incidents of extortion and exploitation of the families of detainees and forcibly disappeared persons since the issuance of decree no. 13 of 2021. [...]

In the period since the latest amnesty decree was issued on May 2 up until July 15, 2021, the Syrian Network for Human Rights (SNHR) has documented at least 92 cases involving extortion of families of detainees held in central prisons by these exploitation networks who paid vast sums of money in exchange for promises to include their detained family members in amnesty decree and to issue release decisions for them. We estimate the real number of financial extortions that have taken place since the issuance of Amnesty Decree No 13 to be at least ten times greater than the number that we were able to monitor either through the victims’ families’ communications with us or through cooperative lawyers.” (SNHR, 15. Juli 2021, S. 6-7)

Syria Direct ist eine 2013 gegründete Nachrichtenorganisation mit Sitz in Amman, Jordanien, die über den Krieg in Syrien und syrische Politik berichtet und Journalisten ausbildet.

- Syria Direct: Bashar al-Assad issues general amnesty excluding prisoners of conscience: Who benefits and why now?, 10. Mai 2021

<https://syriadirect.org/bashar-al-assad-issues-general-amnesty-excluding-prisoners-of-conscience-who-benefits-and-why-now/>

„[...] ‘the exceptions included in the legislative decree limit its effectiveness and empty it of meaning,’ al-Qasem added, as ‘the regime leaves the possibility for it to be selectively applied.’ While the amnesty covered ‘those arrested for crimes of undermining state prestige, other charges may be brought against them with the complicity of some judges in order to undermine their release.’” (Syria Direct, 10. Mai 2021)

- Syrienexperte: Gesprächsprotokoll [autorisiert], 11. August 2022

„The offences of draft evasion, desertion and defection must be clearly distinguished from each other in terms of their perception and punishment. In general, the punishments for draft evasion and desertion provided for in the law are enforced. The regime will punish whenever it has the capacity to do so. If this is not the case, population are persuaded using reconciliation measures. Yet reconciliation does not guarantee individual security. Even if people are not arrested for draft evasion but immediately conscripted, they may still be subjected to punishment. There are several reported cases in which captured draft evaders were imprisoned briefly either by the Military Police or at their military units.

The actual realisation and duration of the punishment for draft evasion depends on various factors. On the one hand, there are spatial variations: The handling or punishment of draft evasion depends on where a person comes from and the region where he is captured. In areas where the regime suffers tenuous control, it is less likely that the regime will arrest a draft evader. This is especially because such act will trigger violent collective action by his community. In many reported cases, regime checkpoints that arrested draft evaders were targeted by unknown gunmen. On the other hand, the Syrian security apparatuses operate in a very uncoordinated manner. Several reported cases indicates that to arrest a draft evader or to accept a bribe largely depends on the officer in control of the checkpoint and on his mood.

The expert reported cases in which draft evaders had been imprisoned and were still imprisoned after months, cases where draft evaders had only been briefly detained and then conscripted, and cases where draft evaders had been conscripted immediately. To illustrate the extent to which the treatment of draft evasion varies based on individual factors, the expert cites the fictitious example of three draft evaders stopped together at a checkpoint but coming from different regions of Syria. If, for example, one of them came from Damascus, one from Latakia and one from the country's south, it can be assumed that they would be dealt with quite differently.

Deserters are treated more harshly than draft evaders, but here too it depends on where these persons had served and the circumstances and consequences of their desertion. Desertion from quiet areas is perceived differently than desertion during a battle or from frontlines.

General amnesties are issued by the president and are therefore systematically implemented. These general amnesties also apply to draft evaders who have left Syria provided they return within a certain period of time and do their military service. However, these amnesties depict no guarantees: Even if someone has a security clearance/status settlement for his draft evasion, he may still be arrested and interrogated by the security forces upon his return for different issues (e.g. illegally leaving the country, activities abroad). In addition to general amnesties, pardons also occur from time to time at the local level, which may also involve draft evaders.

Regarding ‚frontline-probation‘, the expert explained that reported cases on the matter, whether intentionally (as a form of punishment) or not (since the unit of a given conscript

had to engage in combats), does not [make] frontline-probation a general rule or phenomenon.

In general, it can be assumed that persons belonging to certain minorities could be punished more severely in connection to draft evasion or desertion.

While draft evasion or desertion used to be associated with having oppositional attitudes or links to oppositional groups during the early stage of the conflict in Syria, this is no longer the case.

To conclude, the general rule is that: if draft evader or deserter has the financial capacity or connections with regime officials, he is likely to survive punishment or serve his sentence in better conditions (e.g., civilian prison, no torture, better food, better treatment, etc).“ (Syrienexperte, 11. August 2022)

- Syrienexperte: E-Mail-Auskunft, 12. August 2022

„Temporary detention is one criminal penalty in which the minimum sentence period is usually stipulated, however, the maximum is left to the court to decide on considering the punishable crime, its circumstances, and the reasons that prompted the offender to commit it.“ (Syrienexperte, 12. August 2022)

Der Syrian Observer ist eine von der Konrad Adenauer Stiftung und dem Schweizer Außenamt finanzierte Online-Publikation, die sich Großteils der Übersetzung von syrischen Nachrichtenartikeln widmet.

- The Syrian Observer: Mixed Reactions Following Desertion Amnesty, 27. Jänner 2022  
<https://syrianobserver.com/security/72953/mixed-reactions-following-desertion-amnesty.html>

„Fayez al-Ahmad, chairman of the National Security Committee in the People’s Assembly, said the decree encourages those fleeing military service to return and serve in the armed forces. He stressed that with the issuance of this decree, the scope has become open to those deserters who have been lured under certain circumstances. [...]

Lawyer Abdel Nasser al-Hoshan expressed skepticism about the ‘trap’ of the new presidential pardon. He said that the crime of desertion in Syrian military law is not limited to Articles 100 and 101, which relate to the crime of internal and external escape. There are other types of escape: ‘fleeing to the enemy, fleeing in front of the enemy –stipulated in Article 102–, fleeing by conspiracy, and fleeing in wartime –provided for by Article 103 of the Military Penal Code’.

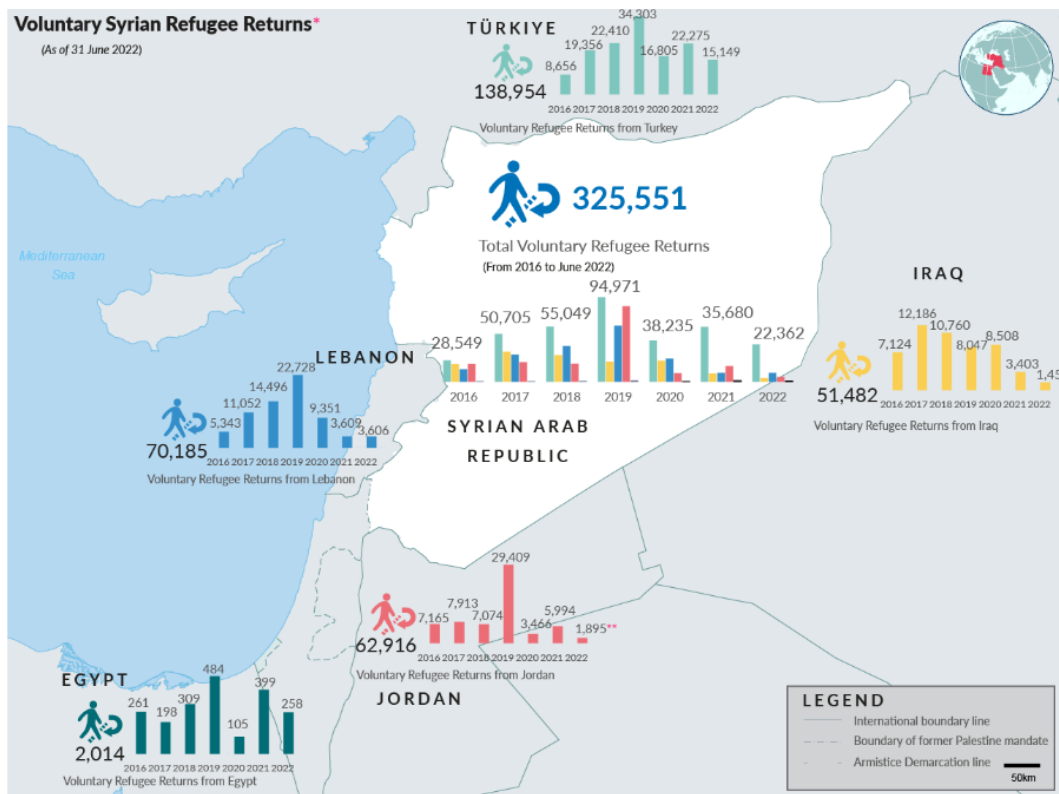
He explained that the penalty for fleeing to the enemy is death, but to escape in front of the enemy is punishable by life imprisonment. If the fugitive is an officer, he shall be punished with hard labor for life and shall be sentenced to expulsion in all cases. Most of the defectors are soldiers and officers present in Turkey or have been there at some point before they have sought refuge in other countries. The regime considers Turkey a hostile

state as we hear, see, and read in all its media, even in its international correspondence with the United Nations and the international community.

This also applies to soldiers and officers affiliated with the National Army and other military factions. Hoshan warned the military and dissident officers not to think or respond to the temptations or assurances offered by the regime to turn themselves in, thinking that this amnesty would protect them and give them safety.” (The Syrian Observer, 27. Jänner 2022)

- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Voluntary Syrian Refugee Return, Stand: 31. Juni 2022

[https://data.unhcr.org/en/situations/syria\\_durable\\_solutions](https://data.unhcr.org/en/situations/syria_durable_solutions)



„\*The numbers reported are only those verified or monitored by UNHCR and do not reflect the entire number of returns, which may be significantly higher.” (UNHCR, Stand: 31 Juni 2022)